

Anzahl Dokumente: 20

Inhalt

2023-03-21 tagesanzeiger.ch	Rettung der Credit Suisse: Der Bundesrat legt das Notrecht sehr weit aus.....	2
2023-03-18 tagesanzeiger.ch	Kommentar zum möglichen CS-Ende: Das Versagen von Thomas Jordan und Karin Keller-Sutter.....	4
2023-03-18 tagesanzeiger.ch	Leitartikel zur Credit-Suisse-Rettung: Wir alle zahlen für die Fehler der Banken - diese Gratiskultur muss ein Ende haben	6
2023-02-26 tagesanzeiger.ch	Neue Fragen zur «Suisse Secrets»-Affäre: Wie die Credit Suisse dem Bundesanwalt die Kommunikation diktierte.....	8
2023-02-16 tagesanzeiger.ch	«Story Killers» in der Schweiz: Die Spur der Polit-Hacker führt nach Davos	10
2023-02-15 tagesanzeiger.ch	Globale Recherche «Story Killers» : Eine Demokratie destabilisieren? Team Jorge machts ab 6 Millionen	12
2023-02-04 tagesanzeiger.ch	Kommentar zu Corona-Leaks : Es braucht mehr Glasnost im Bundesrat	16
2023-01-29 tagesanzeiger.ch	Kolumne von Markus Somm: So zerstört man Institutionen.....	17
2023-01-27 tagesanzeiger.ch	Philipp Loser über den Fall Berset: Sind wir Medien zu wenig kritisch?	18
2023-01-20 tagesanzeiger.ch	Analyse zum Weltwirtschaftsforum: Die Politiker bringen das Licht, die Manager suchen den Schatten	19
2023-01-14 tagesanzeiger.ch	Kommentar zum WEF: Eine denkbar ungeeignete Plattform für die Verbesserung der Welt	20
2023-01-13 tagesanzeiger.ch	World Economic Forum : «Diese jährliche Privatjet-Bonanza ist an Heuchelei nicht zu überbieten»	22
2023-01-11 tagesanzeiger.ch	Verdacht auf schwere Corona-Impffolgen: «Man soll uns endlich ernst nehmen».....	23
2022-12-23 tagesanzeiger.ch	Sinnsuche im Banking: «Wenns kracht, entscheidet der Bauch» war mal - hier entscheidet der Algorithmus über Ihr Vermögen	25
2022-03-03 tagesanzeiger.ch	Zensur des Ukraine-Kriegs: Wie die letzten freien Medien aus Russland verschwinden	28
2022-03-02 tagesanzeiger.ch	Putins innerer Zirkel: Fünf Männer haben zusammen den Krieg beschlossen	30
2022-02-26 tagesanzeiger.ch	Interview mit Tobias Straumann: «Europa ist noch immer ein Protektorat der USA»	32
2022-02-24 tagesanzeiger.ch	Leitartikel zum russischen Einmarsch: Das Ende der alten Welt hat begonnen	36
2022-02-22 tagesanzeiger.ch	Sechs Antworten zu Moskaus Vorstoss: Hat Putin jetzt den Krieg begonnen?.....	37
2021-10-03 tagesanzeiger.ch	Pandora Papers: Putins Palast, König Abdullahs Luxusvillen - und Schweizer Berater mischen mit.....	38

wirtschaft

Rettung der Credit Suisse: Der Bundesrat legt das Notrecht sehr weit aus

Aktionäre werden enteignet, Wettbewerbsrechte ausgehebelt: Im Drama um die Bank greift die Regierung zum Notrecht, zum dritten Mal innert 15 Jahren. Was sagen Staatsrechtler dazu?

Peter Burkhardt, Eva Novak

Finanzministerin Karin Keller-Sutter (FDP) und Bundespräsident Alain Berset (SP) während der Medienkonferenz vom Sonntag, an der die Übernahme der Credit Suisse durch die UBS bekannt gegeben wurde.

Der wortgewaltige Wirtschaftsrechtsprofessor Peter V. Kunz lässt kein gutes Haar an der Übernahme der Credit Suisse durch die UBS auf der Basis von Notrecht. «Der Bundesrat enteignet die Aktionäre ohne Rechtsgrundlage», sagte er im Interview mit dieser Zeitung. Die Rechtsgrundlage sei so dünn, «dass sie brechen würde, wenn man sie anfechten würde».

Unter Juristinnen und Juristen ist das allerdings heftig umstritten, seit der Staat in der Finanzkrise 2008 Notrecht anwendete, um die UBS mit 6 Milliarden Franken vor der Pleite zu bewahren.

Das war damals eine Premiere. Inzwischen ist es das dritte Mal, dass der Bundesrat zur Rettung eines Unternehmens zu Notrecht greift. Diesmal geht es um öffentliche Gelder von bis zu 209 Milliarden Franken.

Auch den – bisher nicht beanspruchten – Rettungsschirm von 4 Milliarden Franken, den er vergangenen Herbst zur Überbrückung eines allfälligen Liquiditätsengpasses des Stromkonzerns Axpo aufspannte, stützte er zunächst darauf ab.

Bezug auf Aussenpolitik

Bei der Credit-Suisse-Auffangübung stützt sich der Bundesrat auf die Artikel 184 und 185 der Bundesverfassung, die sich mit den Beziehungen zum Ausland und der äusseren und der inneren Sicherheit befassen.

Auf den ersten Blick hat das mit dem Finanzmarkt oder gar der Rettung eines einzelnen Unternehmens nichts zu tun. So heisst es im «Basler Kommentar zur Bundesverfassung», der von drei der bedeutendsten Staatsrechtlerinnen und Staatsrechtler verfasst wurde, mit dem Artikel 184 werde dem Bundesrat «die Kompetenz zur operativen Führung der Aussenpolitik» und zu den nötigen Massnahmen «zur Wahrung aussenpolitischer Interessen der Schweiz» zugesprochen.

Die Anwendungsgebiete und Instrumente werden in der Bundesverfassung nicht ausgeführt, aber es geht um Aussenpolitik – zum Beispiel völkerrechtliche Verträge, Sanktionen oder den Abbruch diplomatischer Beziehungen – und nicht um Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Interessen des Finanzplatzes mit Landesinteressen gleichgesetzt

Notrecht zur Wahrung aussenpolitischer Interessen setzt gemäss «Basler Kommentar» «eine Gefährdung der Beziehungen zu anderen Völkerrechtssubjekten voraus. Unter diesen Begriff kann

etwa der Schutz des internationalen Ansehens der Schweiz fallen.»

Doch der Bundesrat legt diesen Passus seit der UBS-Rettung vor 15 Jahren zunehmend extensiv aus. Er begründete das damals damit, dass «bei einer passiven oder auch nur zögerlichen Haltung der Landesregierung die Reputation des schweizerischen Finanzplatzes im Ausland nachhaltig Schaden genommen hätte». Der Bundesrat setzte also die Interessen des Finanzplatzes mit den Landesinteressen gleich.

Unter den Begriff der Gefährdung der Beziehungen zu anderen Staaten falle «zumindest gemäss behördlicher Auffassung auch der Schutz des Schweizer Finanzplatzes», schreiben die Autorinnen und Autoren des «Basler Kommentars».

Am 16. Oktober 2008 gaben Bundespräsident Pascal Couchepin (FDP) und Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) die Rettung der UBS mit Staatsgeld bekannt.

Nach der UBS-Affäre verschärfte das Parlament die Bestimmungen zu den Notverordnungen. Denn dem Bundesrat war vorgehalten worden, «sich am Rand des Zulässigen bewegt zu haben», wie Pierre Tschannen, ein anderer bedeutender Staatsrechtler und Verfasser des Standardwerks «Staatsrecht der Schweizerischen Eidgenossenschaft», schreibt. Das Parlament sei zu einem Gremium von Kopfnickern degradiert worden.

Der Griff zum Instrument der Notverordnung habe sich nicht von selbst verstanden, schreibt Tschannen. Denn der entsprechende Artikel der Bundesverfassung sei zunächst auf Lagen wie schwere Unruhen, militärische Bedrohungen, Naturkatastrophen oder Epidemien zugeschnitten.

Doch die seinerzeitige Finanzkrise, so argumentierte der Bundesrat, weise ein «mindestens gleichrangiges Störungs- und Schädigungspotenzial» auf. Denn der Ausfall einer Grossbank würde unter anderem zu einer «Lahmlegung des Zahlungssystems» führen.

«Polizeiliche Generalklausel» wird grosszügig ausgelegt

Auch beim Artikel 185, der Notrecht bei drohenden schweren Störungen der öffentlichen Ordnung oder der inneren oder äusseren Sicherheit erlaubt, hat sich eine grosszügige Rechtsauslegung eingebürgert. Das Bundesgericht legte diese «polizeiliche Generalklausel», wie der entsprechende Absatz des Artikels in Juristenkreisen genannt wird, extensiv aus.

2009 musste das oberste Gericht prüfen, ob die Herausgabe von UBS-Kundendaten an US-Steuerbehörden gestützt auf diese Bestimmung rechtens sei. Es hielt in seiner Entscheidung fest: «In Ausnahmesituationen – wie hier – können auch die ökonomische Stabilität und der Schutz des Finanzmarkts ein entsprechend schützenswertes polizeiliches Gut darstellen.» Denn beides umfasse klassische Polizeigüter wie das Eigentum oder Treu und Glauben im Geschäftsverkehr, die bei einem Zusammenbruch des Finanzsystems drastisch beeinträchtigt würden.

Der Eingriff ins Eigentumsrecht sei «gerechtfertigt»

Doch im aktuellen Fall der Credit Suisse wird durch die Anwendung von Notrecht das Wettbewerbsrecht ausgehebelt und das Eigentumsrecht eingeschränkt. Ihre Aktionäre werden faktisch enteignet, und auch die Aktionäre der UBS haben nichts zu sagen. Treu und Glauben scheinen hier keine Rolle zu spielen. Das sei einmalig, sagen Staats- und Verfassungsrechtler. Und stützen den Schritt trotzdem.

«Der Bundesrat musste da ein *Fait accompli* schaffen», sagt etwa Urs Saxer, Professor für Verfassungs- und Völkerrecht an der Universität Zürich. Angesichts der höchsten zeitlichen und sachlichen Dringlichkeit sei das unvermeidlich gewesen; dem Bundesrat sei nichts anderes übrig geblieben: «Es ist ein starker Eingriff, aber er ist gerechtfertigt», so Saxer.

Einschliesslich der verschiedenen Verordnungen während der Corona-Pandemie ist das der vierte grosse Fall in 15 Jahren, in dem sich der Bundesrat auf die Notrechtsartikel beruft. Und er legt das Instrument, das ihm das Volk 1999 mit der Revision der Bundesverfassung gab, sehr weit aus.

Der Bundesrat hat Recht geschaffen

Damit habe der Bundesrat auch den Streit unter den Rechtsgelehrten entschieden, sagt Andreas Glaser,

Staatsrechtsprofessor an der Universität Zürich. «Er hat sozusagen Recht geschaffen. Das ist jetzt das, was gilt.»

Unter Juristinnen und Juristen gebe es zwar immer noch kritische Stimmen. Das seien jetzt aber nur noch einsame Rufer in der Wüste, so Glaser. Die meisten hätten in der Literatur und in den Kommentaren ihre Meinung der Praxis angepasst.

Wie Andreas Lienhard, Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Bern. Nach den Staatsmilliarden zur UBS-Rettung schrieb er vor Jahren noch, der Bundesrat bewege sich verfassungsrechtlich auf dünnem Eis. Er bezweifelte dabei, ob die beiden Notrechtsartikel 184 und 185 als Rechtsgrundlage genügten.

Heute sieht er das deutlich entspannter. Das Ausmass der finanziellen Unterstützung der Übernahme der Credit Suisse durch die UBS zeige, dass es sich um eine neuartige Dimension handle, die auch der Gesetzgeber bisher nicht für vorstellbar gehalten habe. Lienhard schliesst daraus: «In einer solchen Situation ist der Bundesrat geradezu verpflichtet, zu handeln.»

Doch es gibt auch die Unbeugsamen. Der Zürcher Staatsrechtsprofessor Andreas Kley kritisiert die Anrufung von Notrecht bei der Credit Suisse. Gegenüber der NZZ sagte er, seit der Rettung der UBS 2008 greife der Bundesrat viel zu oft zu Notrecht. «Man handelt kopflos oder zumindest überstürzt, und alle tun so, als sei schlicht keine andere Lösung möglich.»

sonntagszeitung

Kommentar zum möglichen CS-Ende: Das Versagen von Thomas Jordan und Karin Keller-Sutter

Schuld am Untergang der CS ist das Management der Bank, aber auch die Aufsicht, die Nationalbank und die Finanzministerin.

Arthur Rutishauser

Wenn es eine Katastrophe mit Ansage gab, dann ist es der Untergang der Credit Suisse, der dieses Wochenende besiegelt wird. Doch dass am Ende nicht einmal mehr 50 Milliarden Franken der Nationalbank reichten, um einen Bank-Run zu verhindern, das hätte nicht sein müssen.

Blenden wir zurück ins Credit-Suisse-Chaosjahr 2022. Es herrschte Flugwetter bei der zweitgrössten Schweizer Bank. Vor neun Monaten gab die Bank bekannt, dass der glücklose CS-CEO Thomas Gottstein nach gut zwei Jahren gehen muss. Ein paar Monate vorher wurde auch Verwaltungsratspräsident António Horta-Osório ausgewechselt. Er blieb nicht einmal ein Jahr. Dies, nachdem sein Vorgänger, Urs Rohner, nach zehn langen Jahren der Skandale im Frühjahr 2021 abtreten und zuletzt noch einen Verlust von 5 Milliarden Franken verantworten musste.

An die Macht kam, mit Präsident Axel Lehmann und CEO Ulrich Körner, ein ungleiches Duo. Lehmann hat sein Leben in der Versicherungsbranche verbracht und versteht die Bankenwelt nicht. Körner ist zwar ein brillanter Analytiker, aber ein unfähiger Kommunikator. Die Schwächen des Duos zeigten sich bald: So kündigten sie zwar gleich zu Beginn einen radikalen Umbau an, weg vom Investmentbanking, hin zur Vermögensverwaltung für all die Reichen dieser Welt. Dann war Funkstille. Der Kurs der CS-Aktien stürzte, die Gerüchteküche brodelte, aber kommuniziert wurde erst wieder Ende Oktober – so wie geplant.

Dass Planwirtschaft nicht funktioniert, das zeigte sich dann auch bei der CS. Anfang Oktober begannen nämlich die Spekulanten, gegen die Bank zu wetten. Es wurden Gerüchte gestreut, und die Kunden zogen panikartig 80 Milliarden Franken von ihren Konten ab. Als die CS dies bekannt geben musste und gleichzeitig auch eingestand, dass sie ein Problem mit der Liquidität habe, wurde es brandgefährlich. Wieder stürzte der Aktienkurs ab, und das Vertrauen der Kunden schwand ebenso. Noch mehr Geld wurde abgezogen. Wenn die CS darum Geld brauchte, um die Kunden auszuzahlen, musste sie horrenden Zinsen zahlen, weil ihr keiner mehr traute, das Mass dafür sind die Risikozuschläge. Seit Monaten schon sind die bei über 4 Prozent, die Konkurrenz zahlt weniger als ein Prozent. Eine solche Bank ist nicht überlebensfähig.

Alle konnten das sehen, aber es schlossen diejenigen die Augen, die hätten reagieren müssen.

In den letzten Wochen wurde es noch schlimmer. Denn jetzt stiegen die Risikozuschläge auf über 6 Prozent. Das war mehr als bei Lehman Brothers, bevor die Bank 2008 unterging und die Welt in die Finanzkrise stürzte. All das geschah in aller Öffentlichkeit. Die Zeitungen, auch diese, schrieben unzählige

Artikel darüber, die Analysten wurden skeptisch und die CS-Führung nervös. Darum liess sich Axel Lehmann zu optimistischen Aussagen hinreissen, die sich als unwahr herausstellten.

Alle konnten das sehen, aber es schlossen diejenigen die Augen, die hätten reagieren müssen. Das sind von Amtes wegen die Finanzmarktaufsicht (Finma), die Nationalbank als «lender of the last resort» und die Finanzministerin Karin Keller-Sutter. Die Finma beschönigte und sprach von einer gut kapitalisierten Bank. Als die amerikanische Börsenaufsicht SEC vor zehn Tagen sogar die Publikation des Geschäftsberichtes stoppte, behauptete die CS, es gehe nur um die Finanzberichte vergangener Jahre, und die Finma erklärte sich für nicht zuständig. Seit Dienstag weiss man, dass die Revisionsstelle im Geschäftsbericht vor einem fehlenden Risikomanagement warnte. Einen schlimmeren Befund gibt es kaum.

Im Nachhinein hätte es dreimal Gelegenheit gegeben, einzugreifen und das Debakel abzuwenden: Das erste Mal, als die Bank vor neun Monaten einen Strategiewechsel bekannt gab, ohne zu sagen, wie der vonstattengehen soll. Damals hätte die Finma diskret die Bank dazu ermahnen können, viel schneller zu kommunizieren. Im Oktober hätte die Nationalbank das tun können, was sie erst letzten Mittwoch tat: nämlich darauf hinweisen, dass sie im Notfall Geld zur Verfügung stellen würde. Dann hätten die Kunden wieder Vertrauen gefasst, und die Spekulanten wären aus dem Spiel gewesen. Die Tatsache, dass das nicht passierte, ist der bisher grösste Fehler von Nationalbankpräsident Thomas Jordan. Vom damaligen Finanzminister Ueli Maurer kam nichts ausser der naiven Bitte, man solle doch die CS-Führung in Ruhe lassen – als ob dies einen Spekulanten überzeugen würde.

Am schlimmsten war aber der letzte Akt. Wissend, dass die CS extrem verletzlich ist, unterliessen es die Finma und die Nationalbank letztes Wochenende, zu reagieren, obwohl man sah, dass der Untergang einer kalifornischen Regionalbank in den USA zu einer Bankenkrise führte (hier finden Sie den Kommentar dieser Zeitung, in dem eindringlich gewarnt wurde). Die Risikozuschläge waren mittlerweile bei 8 Prozent. Was dann kam, war grotesk. Die CS-Führung behauptete im fernen Saudiarabien, sie hätte die Lage im Griff, aber an der Börse verlor die Aktie 30 Prozent. Das Vertrauen in die Bank war endgültig weg.

Als dann die 50 Milliarden Franken von der Nationalbank kamen, reichte das gerade noch für einen Tag Verschnaufpause. Wieder gingen alle auf Tauchstation. Die CS-Führung sagte nichts, Thomas Jordan versteckte sich, statt hinzustehen, zu erklären und Vertrauen auszusenden, also zu sagen, im Notfall gebe der «lender of the last resort» auch noch mehr Geld. Von Karin Keller-Sutter kam überhaupt kein Wort. Dass sie im Finanzministerium angekommen ist, das weiss man wohl erst, wenn sie den Untergang der Credit Suisse besiegeln und die Übernahme durch die UBS bekannt geben muss. Das ist viel zu spät.

meinungen

Leitartikel zur Credit-Suisse-Rettung: Wir alle zahlen für die Fehler der Banken – diese Gratiskultur muss ein Ende haben

Systemrelevante Banken wissen genau, dass sie im schlimmsten Fall vom Staat gerettet werden. Diese Sicherheit müssen sie ihm finanziell abgelten. Und es braucht weitere Eingriffe, um künftig Bankenkrisen zu vermeiden.

Peter Burkhardt

Schlechte Kontrollen, riskante Geschäfte, untaugliches Geschäftsmodell: Der Hauptsitz der Credit Suisse am Zürcher Paradeplatz diesen Mittwoch.

Man kann es natürlich so sehen wie Martin Landolt. Der Glarner Mitte-Nationalrat sagte, wenige Stunden nachdem sich die taumelnde Credit Suisse 50 Milliarden Franken von der Nationalbank geliehen hatte, er sehe keinen Bedarf nach zusätzlichen gesetzlichen Regelungen. Gegen die Ursachen, die zur Krise bei der Grossbank geführt haben, würden schärfere Gesetze kaum helfen. Schuld sei eine toxische Unternehmenskultur.

Der ehemalige Banker Landolt – während dreier Jahre Bundeshaus-Lobbyist der UBS – macht es sich zu einfach. Wie auch die anderen Finanz- und Wirtschaftspolitiker von SVP, FDP und Mitte, die sich umgehend gegen schärfere Regeln für systemkritische Banken wehrten. Wahr ist zwar, dass die Credit Suisse nicht wie die UBS 2008 vor der Zahlungsunfähigkeit bewahrt werden musste. Die Credit Suisse war kein Fall von «Too big to fail», also einem ungeordneten Konkurs einer systemrelevanten Bank.

Wahr ist aber auch, dass man sich nach der Finanzkrise einig war, dass eine Milliardenrettung durch den Staat und die Nationalbank nie mehr geschehen sollte. Darum sollten Bundesrat und Parlament nun nicht zur Tagesordnung übergehen – sondern die Schwachstellen beseitigen, die immer wieder zu existenzbedrohenden Bankenkrisen führen.

Für diese faktische Staatsgarantie zahlen die systemrelevanten Banken keinen Rappen.

Gewiss, die toxische Unternehmenskultur der Credit Suisse ist eine der Ursachen der aktuellen Notlage. Sie führte zu jahrelanger Misswirtschaft, zu unzähligen Skandalen und zur immer schnelleren Abfolge unfähiger Chefs.

Doch die Ursachen von Krisen wie bei der Credit Suisse oder auch 2008 bei der UBS liegen tiefer. Eine der hauptsächlichen ist, dass die Chefs und Aktionäre systemrelevanter Banken wissen, dass ihr Unternehmen im schlimmsten Fall von der öffentlichen Hand gerettet wird. Für diese faktische Staatsgarantie zahlen sie jedoch keinen Rappen – im Gegensatz zu den Kantonalbanken, die dafür den Kantonen viel Geld abliefern.

Das ist eine unfaire Bevorzugung und Subventionierung systemrelevanter Banken wie UBS, Credit Suisse und Raiffeisen. Davon profitieren die Aktionäre der beiden Grossbanken in Form

üppiger Dividenden und das Management aller drei Banken in Form hoher Boni – während sie in schlechten Zeiten erwarten, dass die Nationalbank oder sogar der Staat aushelfen.

Mit dieser Gratiskultur auf Kosten von uns allen muss Schluss gemacht werden. Die Lösung wäre eine finanzielle Abgeltung für die faktische Staatsgarantie, ähnlich wie ein Zins für einen Kredit. Das würde sofort das Geschäftsgebaren der systemrelevanten Banken ändern, sprich: Sie würden weniger Risiken eingehen. Und der Anreiz für die Aktionäre würde erhöht, dem Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung genauer auf die Finger zu schauen.

Im guten Fall beziehen Aktionärinnen und Aktionäre Dividenden, aber im schlechten Fall stehen nicht sie gerade, sondern die öffentliche Hand.

Die Gratiskultur zulasten der Allgemeinheit geht noch weiter. Aktionärinnen und Aktionäre systemrelevanter Banken haben nur Rechte, aber null Pflichten. Im guten Fall beziehen sie Dividenden, aber im schlechten Fall stehen nicht sie gerade, sondern die öffentliche Hand. Mit der Einführung einer Nachschusspflicht wäre dieses Problem gelöst. Das würde bedeuten, dass die Aktionäre systemrelevanter Banken dazu verpflichtet werden, in Notfällen anteilmässig das Unternehmenskapital zu erhöhen oder für entstandene Verluste zu haften.

Eine weitere Massnahme auf dem Weg zu einem gesünderen Bankensystem sind strenge Auflagen für Löhne und Boni von Topmanagern. Vor allem die absurd hohen Boni bieten ihnen einen Anreiz für Misswirtschaft, schlechte Kontrollen, unsinnige Umstrukturierungen, riskante Zu- und Verkäufe und im schlimmsten Fall illegale Machenschaften. Es muss ja nicht gleich ein Totalverbot von Boni sein, wie die politische Linke fordert. Aber eine Deckelung der Löhne und Boni bei systemrelevanten Banken ist das Mindeste.

Es kann nicht sein, dass die Finanzmarktaufsicht selbst dann keine Bussen verhängen darf, wenn sie grobe Missstände aufdeckt.

Ein weiteres Problem ist, dass die Investmentsparten mit ihrem riskanten Eigenhandel die Grossbanken immer wieder ins Trudeln bringen. Darum sollte man Vermögensverwaltungs- und Geschäftsbanken von den Investmentbanken trennen. Ein solches Trennbankensystem hat sogar der frühere UBS-Präsident Peter Kurer propagiert. Vor einigen Jahren wurde es im Nationalrat mit Stimmen von SVP, SP und Grünen angenommen – und dann im Ständerat versenkt.

Zu guter Letzt muss die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht schärfere Mittel erhalten, um durchgreifen zu können. Es kann

nicht sein, dass sie selbst dann keine Bussen verhängen darf, wenn sie grobe Missstände aufdeckt. Im Gegenteil sollte sie nicht nur gegen einzelne Personen Bussen aussprechen können, sondern auch gegen fehlbare Unternehmen.

All dies würde dazu beitragen, die Banken von hochspekulativen Geschäften abzubringen und auf ihren ursprünglichen Sinn und

Zweck zurückzuführen, nämlich Menschen und Unternehmen mit Krediten zu versorgen, ihre Vermögen zu verwalten, sie in allen finanziellen Belangen zu beraten und den Zahlungsverkehr sicherzustellen – durchaus noble und für eine Volkswirtschaft wichtige Aufgaben. Das Leben auf Kosten der Allgemeinheit gehört nicht dazu.

schweiz

Neue Fragen zur «Suisse Secrets»-Affäre: Wie die Credit Suisse dem Bundesanwalt die Kommunikation diktierte

Das Strafverfahren zum CS-Datenleck steht international im Fokus. Über die Affäre debattiert am Montag der Nationalrat. Nun sagt ein Experte, dass sich die Bundesermittler problematisch verhielten.

Frederik Obermaier, Oliver Zihlmann, Christian Brönnimann

Am Anfang steht eine simple Medienanfrage. Am Mittwoch, 25. Januar, ging bei der Bundesanwaltschaft (BA) die Anfrage eines Journalisten aus dem Tessin ein. Er wollte wissen, ob es Ermittlungen gebe zum Datenleck «Suisse Secrets». Das sind Kontodaten von 18'000 Kunden der Credit Suisse, die ein Whistleblower einem internationalen Journalisten-Konsortium übergeben hatte. Die Journalistinnen konnten damit vor einem Jahr enthüllen, dass die CS Konten für Foltergeneräle und Schwerekriminelle führte.

Die Bundesanwaltschaft hatte deswegen tatsächlich ein Strafverfahren eröffnet – allerdings nicht gegen die CS, sondern wegen des Bankdatendiebstahls. Doch statt dies dem Tessiner Journalisten einfach zu bestätigen, rief die Behörde erst einmal den zuständigen Mediensprecher der Credit Suisse an.

Die oberste Strafverfolgungsbehörde der Schweiz informierte die Grossbank über die Medienanfrage. Und dann schickte sie der CS per Mail sogar den genauen Wortlaut, wie sie dem Journalisten gerne antworten möchte. Dies geschah offenkundig nicht, um die CS einfach auf dem Laufenden zu halten, wie diese Zeitung in Erfahrung gebracht hat. Denn die Ermittler verlangten von der Bank schriftlich eine «Rückmeldung», bevor sie den Medien antwortete.

Die Grossbank hatte, kurz nachdem der «Suisse Secrets»-Skandal publik wurde, selber eine Strafanzeige eingereicht. Die BA wollte den Journalisten nun lediglich korrekt darüber informieren, dass sie aufgrund dieser Anzeige der CS Ermittlungen aufgenommen habe.

Doch die CS war nicht einverstanden mit dem geplanten Statement der BA. Die Bank wollte die Information, dass sie Anzeige erstattet hatte, partout nicht in der Medienantwort der BA drin haben. Zunächst beharrte die BA auf ihrem Vorgehen, weil sie transparent kommunizieren wolle. Doch die CS wehrte sich weiter und schaltete offenbar sogar eine Anwaltskanzlei ein.

Schliesslich knickte der zuständige Staatsanwalt des Bundes ein. Er befolgte die Wünsche der CS. Zwar liess er den Tessiner Journalisten von der BA-Medienstelle darüber informieren, dass Ermittlungen in Gang seien. Dass am Ursprung eine Anzeige der CS stand, verschwieg die BA hingegen.

Laut Experte ein No-go

Strafrechtsexperte David Zollinger war sechs Jahre lang Mitglied in der Aufsichtsbehörde über die BA. In den konkreten Fall ist er nicht involviert, doch er beurteilt das Vorgehen der BA als problematisch. «Das Redigieren von Medienantworten für die Bundesanwaltschaft gehört definitiv nicht zur prozessualen Rolle der CS in diesem Verfahren», sagt Zollinger. Die BA müsse von

Amtes wegen selber entscheiden, was in dem Verfahren geheim gehalten werde und was nicht. «Es ist deshalb heikel, wenn nur schon die Medienanfrage an die Bank weitergeleitet wird, geschweige denn, dass die Antwort dann auch abgesprochen wird.»

Ehemaliger Aufseher über die Bundesanwaltschaft und Strafrechtsexperte David Zollinger.

Auf Anfrage hält eine Sprecherin der BA generell fest, die «Kommunikationshoheit» über ihre Verfahren obliege «ausschliesslich der BA». Allerdings sei man verpflichtet, die «unterschiedlichen Rechte und Ansprüche von allenfalls involvierten Parteien und Drittpersonen adäquat zu berücksichtigen».

Es gelte, eine «Abwägung zwischen den Persönlichkeitsrechten von Betroffenen und dem Ziel der grösstmöglichen Transparenz» vorzunehmen. Bei der Absprache mit der Credit Suisse sei es ausschliesslich um deren Nennung als Anzeigerstatterin gegangen, jedoch «nie um eine Koordination beziehungsweise ein Einholen des Einverständnisses in Bezug auf weitere Inhalte einer Kommunikation der BA».

Die CS will sich auf Anfrage nicht äussern.

«Es ist heikel, wenn nur schon die Medienanfrage an die Bank weitergeleitet wird, geschweige denn, dass die Antwort dann auch abgesprochen wird.»

Der Eiertanz um die Medienanfrage zeigt, dass die CS im Fall «Suisse Secrets» möglichst unter dem Radar der Öffentlichkeit fliegen möchte. Und das hat einen handfesten Grund: Der Fall sorgt nicht nur international für sehr viel schlechte Presse. Er hat mittlerweile auch im Inland staatspolitische Dimensionen angenommen. Am Montag ist er im Nationalrat Thema.

Das Parlament befasst sich nicht mit dem eigentlichen Bankdatendiebstahl; solche Fälle hat es in der Vergangenheit immer wieder gegeben. Doch beim CS-Leck könnte nun eine drastische Verschärfung des Bankengesetzes zum Zuge kommen, die das Parlament vor ein paar Jahren beschlossen hatte.

Seit der Gesetzesänderung, die 2015 in Kraft trat, können die Staatsanwälte nicht nur Datendiebe verfolgen, sondern auch alle, die solche Bankgeheimnisse weitergeben – namentlich auch Journalisten, die über heikle Kunden schreiben. Auch ihnen drohen laut Gesetz bis zu fünf Jahren Haft.

Bundesrat ist für Entschärfung des Gesetzes

Bis 2022 blieb diese Gesetzesänderung praktisch unbemerkt. Doch als die CS-Daten damals zum internationalen Journalisten-Konsortium gelangten, konnte der Recherchedesk von Tamedia sich nicht mit den Daten der Schweizer Bank

befassen. Das rechtliche Risiko aufgrund des verschärften Bankgeheimnisses war zu hoch.

Diese Einschränkung sorgte international für massive Kritik. Sogar die UNO-Berichterstatterin für Meinungsfreiheit intervenierte beim damaligen Bundespräsidenten Ignazio Cassis und warf der Schweiz vor, die Pressefreiheit zu verletzen.

Auch in der Schweiz bemerkte man nun langsam, dass mit diesem Gesetz die Konten zwielichtiger ausländischer Bankkunden aus korrupten Ländern besser geschützt sind als beispielsweise die Gesundheitsdaten der Schweizer Bevölkerung. Selbst frühere Befürworter der Gesetzesänderung wie FDP-Ständerat Andrea Caroni kamen nach «Suisse Secrets» zum Schluss, dass der «Regler beim Bankgeheimnis möglicherweise nicht perfekt eingestellt» sei.

Im November verabschiedete die Wirtschaftskommission des Nationalrats deswegen eine Motion mit dem Titel «Pressefreiheit in Finanzplatzfragen gewährleisten». Der Vorstoss verlangt, dass der Bundesrat eine Gesetzesänderung prüft, um sicherzustellen, dass das Bankengesetz die Pressefreiheit nicht beeinträchtigt. Am Montag soll der Nationalrat entscheiden, ob er diese Motion gutheisst.

Auch der Bundesrat signalisiert inzwischen, dass er vom Berichterstattungsverbot im Bankengesetz nicht mehr überzeugt ist. In einer Stellungnahme, verfasst vom Departement der neuen Finanzministerin Karin Keller-Sutter, plädiert die Regierung dafür, dass der Nationalrat die Motion annimmt. «Der Bundesrat anerkennt den Stellenwert der verfassungsrechtlich garantierten Medienfreiheit und ist bereit, die verlangte Prüfung vorzunehmen und bei einem positiven Ergebnis eine Vorlage zu erarbeiten», schreibt er.

Bundesgericht verurteilt Anwalt wegen Eingabe ans Gericht

Das geltende Recht ist so scharf formuliert, dass Richter bei der Weitergabe von Bankdaten kaum Ermessensspielraum haben. Sie müssen quasi automatisch jede Person verurteilen, die solche Daten weitergibt – selbst wenn damit weder eine böse Absicht verfolgt noch Schaden angerichtet wird. Welche Folgen der Paragraph konkret haben kann, zeigt sich jetzt in einem neuen Urteil des Bundesgerichts.

Vor dem höchsten Gericht stand in diesem Fall kein Journalist, sondern ein Anwalt. Er ist die wohl erste Person überhaupt, die sich vor dem höchsten Gericht wegen des neuen Paragraphen im Bankgesetz verantworten musste.

Der Anwalt hatte eine kurze Liste mit Bankdaten von einem Klienten erhalten, einem Banker, den er in einer Gerichtsverhandlung vertrat. Im Eifer des Gefechts reichte der Anwalt die Liste mit Bankkunden vor Gericht ein, ohne die Namen zu schwärzen.

Daraufhin kam die Zürcher Staatsanwaltschaft und klagte den Mann an – nicht weil er Bankdaten gestohlen habe, sondern weil er sie weitergab, was eben nach dem Gesetz von 2015 verboten ist.

Dass der Anwalt dies in Ausübung seines Berufes tat, dass das Ganze aus Versehen geschah und am Schluss nur das Gericht die Bankdaten zu sehen bekam – das alles half ihm nichts. Am 26. Januar 2023 entschied das Bundesgericht letztinstanzlich, dass der Mann verurteilt werden müsse wegen des verschärften Bankgeheimnisses. Der Fall zeigt, dass ein Journalist praktisch keine Chancen vor Gericht hätte, wenn er Bankdaten der ganzen Bevölkerung bekannt gibt.

Druckmittel gegen unliebsame Publikationen

Ob die Bundesanwaltschaft im Fall «Suisse Secrets» gegen Journalisten ermittelt, sagt sie auf Nachfrage nicht. Sicher ist nur, dass sie im Dezember 2022 wegen der Strafanzeige der Credit Suisse offiziell ein Strafverfahren eröffnet hat. Schon nur die Möglichkeit, dass sie auch Journalisten ins Visier nimmt, hat allerdings eine abschreckende Wirkung – selbst wenn es um Bankkundeninformationen geht, deren Publikation im öffentlichen Interesse wären.

Dies haben nun auch Anwälte erkannt, die namens mächtiger Bankkunden gegen solche Veröffentlichungen kämpfen. Am 26. August 2022 erhielt die NGO Public Eye eine Abmahnung von einem Genfer Anwalt. «Ich muss Sie auf die Risiken hinweisen, die Ihnen drohen», schrieb er. Der Anwalt vertritt die Familie des kasachischen Präsidenten.

Die NGO hatte die Frage gestellt, warum Vermögenswerte der Präsidentenfamilie bei der Bank Julius Bär in der Schweiz landeten. Derselbe Anwalt hatte schon bei früheren Anfragen mit Klagen gedroht, um seine Klienten zu schützen. Doch jetzt, nach «Suisse Secrets», hat er sein Repertoire erweitert: Er wies die NGO explizit darauf hin, dass sie aufgrund der neuen Rechtslage im Bankengesetz «Risiken» eingehen, wenn sie illegal erworbene Bankdaten «veröffentlichen» wolle.

international

«Story Killers» in der Schweiz: Die Spur der Polit-Hacker führt nach Davos

In der Undercover-Recherche um weltweite Wahlmanipulationen tauchen E-Mails an die Skandalfirma Cambridge Analytica auf: Am Rande des WEF wurde ein heikler Deal eingefädelt.

Bastian Obermayer, Frederik Obermaier, Roland Gamp

2015 fand in Davos ein brisantes Treffen statt zwischen Vertretern des israelischen «Team Jorge» für Wahlmanipulation und Cambridge Analytica: Teilnehmer am WEF (Symbolbild).

Der französische Präsident François Hollande, die deutsche Kanzlerin Angela Merkel, der chinesische Ministerpräsident Li Keqiang, der amerikanische Aussenminister John Kerry: Das Weltwirtschaftsforum (WEF) wartet im Januar 2015, wie fast immer, mit grossen Namen auf.

Doch auch eine weit weniger illustre Person reist damals nach Davos. Eine, die nicht erkannt werden will. «Joel» nennt sie sich in einer E-Mail, offenbar ein Deckname. Unter diesem vereinbart die Person ein Meeting im Bündner Kurort. Die Empfängerin nimmt das Treffen an. «In unserem Appartement oder einem Restaurant», schlägt sie vor. «Um zu besprechen, was wir in Nigeria kurzfristig erreichen können.»

Der Austausch, der dieser Zeitung vorliegt, ist aus mehreren Gründen problematisch. Denn in Nigeria, der grössten Demokratie Afrikas, stehen damals die Präsidentschaftswahlen an. Und Joel ist – oder zumindest: war – Teil einer kleinen israelischen Hackergruppe, die anbietet, gegen Bezahlung demokratische Prozesse zu manipulieren, politische Gegner auszuboosten oder mit Fake-Profilen die öffentliche Meinung zu beeinflussen.

Lange operierte die Truppe unter dem Namen «Team Jorge» aus dem Verborgenen heraus. Erst durch Recherchen des Journalisten-Konsortiums Forbidden Stories flogen die israelischen Hacker diese Woche auf. Beteiligt waren 30 Medien aus über 20 Ländern, darunter der «Guardian», «Le Monde» oder «Der Spiegel». In der Schweiz waren der Recherchedesk von Tamedia mit ihrem Partner Paper Trail Media beteiligt sowie das Westschweizer Fernsehen (RTS). (Lesen Sie dazu: Eine Demokratie destabilisieren? Team Jorge machts ab 6 Millionen)

Unter anderem gelang es den Journalisten im letzten Jahr, Team Jorge bei «Verkaufsgesprächen» verdeckt zu filmen. Dabei prahlten die Mitglieder, man habe bisher unbemerkt in 33 nationale Wahlkämpfe und Referenden eingegriffen, in 27 davon «erfolgreich» im Sinne der eigenen Kundschaft. Unter anderem seien Wahlen in Nigeria verschoben worden, «was unser Ziel war». In einem vertraulichen Strategiepapier wiederum gab das Team ein selbst an, bereits seit 1999 «Spezialoperationen» durchzuführen. «Unsere Spezialität ist es, Informationen zu beschaffen und sie zu nutzen.»

Besonders brisant scheint nun die Liaison, die unter anderem in Davos zustande kam. Denn Joel traf sich dort gemäss E-Mail mit Brittany Kaiser, einer damaligen Mitarbeiterin von Cambridge Analytica. Jener Firma also, die später weltweit für Schlagzeilen

sorgte, weil sie mit erschlichenen Daten von über 50 Millionen Facebook-Usern massgeschneiderte politische Werbung schaltete – unter anderem im Wahlkampf von Donald Trump. An die Öffentlichkeit gelangte dies unter anderem dank Kaiser, die als Whistleblowerin auspackte.

Geleakte Dokumente belegen einen regen Austausch zwischen Team Jorge und Cambridge Analytica.

Noch vor dem Engagement für den US-Präsidenten war Cambridge Analytica in Nigeria aktiv. Die Firma liess sich dort von einem schwerreichen Geschäftsmann einspannen, um dafür zu sorgen, dass der amtierende Präsident Goodluck Jonathan die Wahlen gewinnt. Im Zuge dieser Kampagne sind Cambridge Analytica auch gehackte private Dokumente des Herausforderers, Muhammadu Buhari, angeboten worden. Dies deckte der «Guardian» bereits 2018 auf.

Das Mutterunternehmen von Cambridge Analytica bestätigte damals zwar, Werbung und Marketing für die Kampagne von Präsident Jonathan bereitgestellt zu haben, bestritt aber, dass man dabei «gehackte oder gestohlene Daten» einsetzte. Wer das potenziell belastende Material auftrieb, blieb im Dunkeln. Bis jetzt.

«Hilfe bei der Beschaffung von Informationen»

Geleakte Dokumente, die der «Guardian» mit dem Journalisten-Konsortium geteilt hat, belegen einen regen Austausch zwischen Team Jorge und Cambridge Analytica. Schon kurz vor dem WEF geht eine erste Nachricht an Joel. Darin bittet ein Mitarbeiter der Firma um «Hilfe bei der Beschaffung von Informationen» für die Kampagne.

Das anschliessende Treffen in Davos ist dann offenbar ein Erfolg. Kaiser schreibt drei Tage später in einer E-Mail: «Unser Ziel ist es jetzt, uns darauf zu konzentrieren, mehr Geschichten (positiv oder negativ, je nach der fraglichen Person) in die internationale Presse und auf Social Media zu bringen.» Unter anderem arbeite auch das Team von Joel an diesem Projekt.

Der mutmassliche Chef des «Team Jorge», aufgenommen von einer versteckten Kamera.

Heute bestätigt Kaiser, dass es einen Austausch gab. Der mutmassliche Chef von Team Jorge habe Mitarbeitenden von Cambridge Analytica einen USB-Stick angeboten. Jemand aus dem Unternehmen habe ihres Wissens eingewilligt, die Informationen anzuschauen, und das Nigeria-Team habe einen Teil davon auch verwendet für Artikel in der Presse.

Kaiser betont, sie selbst sei als Sales-Mitarbeiterin nur am Rande involviert gewesen und sicher nie davon ausgegangen, dass Team Jorge illegal vorgehen könnte. Die Israelis hätten einen eigenen Vertrag mit dem nigerianischen Kunden gehabt. Und separat von Cambridge Analytica gearbeitet, so Kaiser,

mittlerweile auch bekannt aus der Netflix-Doku «The Great Hack».

Mutmassliche Angehörige des israelischen Teams wiederum weisen heute jegliche Verantwortung von sich. Einer stritt auf Anfrage jegliche Verbindung zur Hacker-Truppe ab. «Um klar zu sein, ich streite jegliches Fehlverhalten ab», so ein anderer. Wer der Mann namens «Joel» ist, der sich in Davos mit Kaiser verabredete, ist unklar. Der damalige CEO von Cambridge Analytica wiederum äusserte sich auf Fragen des «Guardian» nicht im Detail.

Die Präsidentschaftswahlen in Nigeria müssen 2015 schliesslich verschoben werden. Offiziell nicht wegen mutmasslicher Manipulationen, sondern wegen Sicherheitsbedenken bezüglich der terroristischen Gruppe Boko Haram. Das unabhängige Wahlkomitee teilt die Verlegung am 8. Februar mit. Team Jorge weiss schon am Vortag Bescheid und weist in einer E-Mail auf die Verschiebung hin. Man habe dies «von einer Top-Quelle».

All dieses Insiderwissen nützt jedoch nichts: Am Ende bleibt Jonathan nicht im Amt, stattdessen gewinnt Herausforderer Buhari.

Dennoch bemüht sich Team Jorge auch in der Folge um eine Zusammenarbeit mit Cambridge Analytica. Bis ins Jahr 2017 finden sich E-Mails, unter anderem mit dem Angebot, auch in

Kenia zu helfen. Zudem versenden die Hacker auch ein Video, in dem ein eigens entwickeltes Tool beworben wird. Dieses könne in nur einer Woche bis zu 5000 Fake-Profilen auf sozialen Netzwerken erschaffen. «Ein technischer Durchbruch», heisst es dazu. Das Produkt sei schon bei 17 Kampagnen zum Einsatz gekommen. Es sei gut zu gebrauchen, um «Massennachrichten und Propaganda» zu verbreiten.

«Einfluss, der nachhallt»

Ein potentes Mittel, um demokratische Prozesse zu stören. Was das kostet, ist nicht im Detail bekannt. Sicher ist, dass Joel und seine Kameraden stolze Summen für ihre Dienste verlangten. In einem vierseitigen Dokument, das an Cambridge Analytica ging, veranschlagten die Israelis noch im Jahr 2015 insgesamt 160'000 US-Dollar plus Reisespesen von maximal 40'000 US-Dollar für acht Wochen Arbeit. Das sei ein «Spezialangebot».

Zwei Jahre später sprachen die Israelis dann schon von einem anderen Klienten, der für ein einmonatiges Krisenmanagement eine Million Dollar bezahlt habe. «Der Kunde war hochzufrieden», schrieb das Team an den Chef von Cambridge Analytica. «Wir bieten keine technischen Services. Wir bieten Einfluss, der nachhallt.»

international

Globale Recherche «Story Killers» : Eine Demokratie destabilisieren? Team Jorge machts ab 6 Millionen

Der Verdacht: Eine geheime Truppe hackt Politiker und manipuliert Wahlen für Geld. Für einen Beweis besuchen drei Reporter als Kunden getarnt und mit versteckter Kamera die Kommandozentrale der Gruppe in Israel. Ein Recherche-Krimi.

Cécile Andrzejewski, Bastian Obermayer, Frederik Obermaier, Oliver Zihlmann, Roland Gamp

Sein Name sei Jorge. Oder George. Eigentlich habe er gar keinen Namen, sagt der Mann im blauen Hemd. «Das ist, wer wir sind. Wir sind nichts. Wir sind Luft.»

Es geht gegen Jahresende 2022. Jorge sitzt in einem trostlosen Büro im Industriegebiet der israelischen Stadt Modiin. Hier, zwischen einem vollgekritzelten Whiteboard und einem Bildschirm, empfängt er Kunden, um sein Produkt anzubieten: «Unterdrückung der Wahlbeteiligung» steht zum Beispiel auf Englisch in einer Powerpoint-Präsentation seiner Firma.

Es ist eine Art «Manipulations AG», doch sie steht in keinem Firmenregister. Kein Wunder, denn im Angebot hat sie auch Dienstleistungen wie die «Störung» von Wahlen oder «Beschuldigungen» von politischen Gegnern.

Jorge und seine Partner sind israelische Ex-Agenten. Das Büro gehört zu ihrer Kommandozentrale. Sie erzählen lachend, wie sie Politiker hacken, in welchen Ländern sie schon aktiv waren, wie sie vorgehen, was das alles kostet. Sie reden ungezwungen und locker, denn sie denken, sie hätten neue Kunden vor sich. In Wahrheit sind es Undercover-Journalisten eines Recherche-teams, ausgerüstet mit einer versteckten Kamera. Insgesamt zeichnen sie sechs Stunden im Austausch mit Team Jorge auf.

Ziel eines Angriffs kann jeder Politiker, jedes Land der Welt sein, auch die Schweiz: «Jorge» beim Meeting in Israel.

Im Laufe der Recherche entsteht schliesslich folgendes Bild: Jorges Angebot richtet sich in erster Linie an Politiker oder schwerkreiche Geschäftsleute. Sie können sich ein sogenanntes «Package» kaufen. Man setzt gemeinsam ein Ziel fest – zum Beispiel eine Wahl zu verschieben oder in eine bestimmte Richtung zu beeinflussen. Daraufhin macht sich Team Jorge an die Arbeit.

Die Israelis – so jedenfalls erklären sie es – besorgen gehacktes oder schlicht gefälschtes Material, um politische Gegner unter Druck zu bringen. Sie organisieren Cyberangriffe, um Zweifel in der Bevölkerung zu säen, ob alles mit rechten Dingen zugeht. Oder sie lassen auf ein beliebiges Land ihr eigenes Heer von Zehntausenden falschen Social-Media-Accounts los, die jede gewünschte politische Meinung verstärken oder bekämpfen können.

Ziel eines solchen Angriffs kann fast jeder Politiker und praktisch jedes Land der Welt sein. Auch die Schweiz kann es treffen. So tauchen in der Recherche um Wahlmanipulationen eine Bank und falsche Social-Media-Profilen aus der Schweiz auf.

Bei Team Jorge ist die Erschütterung einer Demokratie also eine käufliche Ware. Und die hat auch einen Preis. Ein Grosseinsatz am Wahltag in einem afrikanischen Land kostet zum Beispiel 6 Millionen Euro. Für eine ganze Präsidentschaftskampagne in dem Land sind es dann schon 15 Millionen Euro.

Das Team behauptet, es betreibe sein Geschäft seit mehr als 20 Jahren, habe bisher unbemerkt in 33 nationale Wahlkämpfe und Referenden eingegriffen, in 27 davon «erfolgreich» im Sinne der eigenen Kundschaft. Im Jahr 2022 hatte Team Jorge angeblich 13 aktive Operationen am Laufen.

Spätestens hier drängt sich die Frage auf: Kann das wirklich sein – kann eine kleine Gruppe von Ex-Agenten tatsächlich weltweit in Wahlen eingreifen?

Die Antwort lautet: Ja, es sieht ganz danach aus.

Am D-Day, dem Wahltag, will «Team Jorge» etwa die Wahlbeteiligung des Gegners unterdrücken, um das Resultat zu drehen. Oder die Wahl stören, mit der Veröffentlichung von kompromittierenden Daten und Beschuldigungen an den politischen Gegner.

Das Verkaufsgespräch

Die Recherche, die das belegt, stammt vom Journalistenkonsortium Forbidden Stories. 30 Medien aus über 20 Ländern haben sich zusammengetan, um unter dem Titel «Story Killers» weltweit Desinformationskampagnen aufzudecken. Darunter sind der «Guardian», «Le Monde», der «Spiegel» und die «Zeit». In der Schweiz ist der Recherchedesk von Tamedia mit seinem Partner Paper Trail Media beteiligt sowie das Westschweizer Fernsehen RTS.

Im Fall um Team Jorge waren zwei Journalisten aus Israel und einer aus Frankreich entscheidend. Sie nahmen im letzten Sommer über Gewährsleute Kontakt zur israelischen Truppe auf. Und behaupteten, sie seien Berater eines wohlhabenden Geschäftsmannes. Dieser wolle dringend eine bevorstehende Wahl in einem afrikanischen Land verhindern. Team Jorge biss an.

Wohl in der Hoffnung, einen neuen Millionenauftrag an Land zu ziehen, begannen die Israelis, mit den vermeintlichen Neukunden zu verhandeln. Insgesamt kam es zu fünf Videokonferenzen und zwei Besuchen vor Ort. Die Journalisten des Konsortiums konnten dabei alle Onlinekonferenzen vom Bildschirm abfilmen. Die Videos dieser «Verkaufsgespräche» sind verstörend. Zuerst kommt ein Mann mit Glatze vor die Kamera, Deckname Max. Er versichert, man habe «massgeschneiderte Lösungen» und «einzigartige Möglichkeiten», um Kundenbedürfnisse zufriedenzustellen. Spezialisten für «psychologische Kriegsführung» seien im Team, genauso hohe Geheimdienstmitarbeiter.

Man könne eine «massive Reaktion» vorbereiten und gezielt die Furcht vor

einer Flüchtlingswelle nach Europa schüren.

Zunächst ist es noch ein Abtasten. Doch beim dritten Gespräch taucht plötzlich Jorge auf. Mit ihm wird die Präsentation definitiv unheimlich. Er zeigt als Einziger sein Gesicht zunächst noch nicht, es bleibt hinter Powerpoint-Folien verborgen.

Bei den Wahlen gehe es erstens um das Image der Kandidaten, doziert er. Zweitens darum, die Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren. Drittens um das jeweilige Wahlsystem. «Wie manipulieren Sie also das System zu Ihren Gunsten?», fragt er. Und gibt gleich selber die Antwort: «Wir decken alle drei ab. Okay?»

Um an den vermeintlichen Job zu kommen, das Verschieben einer Wahl in Afrika, schlägt er vor, Druck auf die EU zu machen. Man könnte zum Beispiel eine «massive Reaktion» vorbereiten und damit gezielt die Furcht vor einer Flüchtlingswelle nach Europa schüren.

«Mein Ansatz wird sein: Wenn in diesem Land etwas passiert, werden fünf Millionen Menschen anfangen, nach Norden zu laufen, nach Libyen, und dann auf Boote. Raten Sie mal, wo die dann hingehen.» Sein Fazit: Die EU werde alles tun, um wie gewünscht in dem Land den Wahltermin zu verschieben – ganz wie seine neuen Kunden wollen.

«Max» vom Team Jorge verspricht gleich in der ersten Videokonferenz, «Kundenbedürfnisse» zufriedenzustellen.

Im dritten Videocall prahlt Jorge dann über eine Stunde lang im flapsigen Jargon eines Autoverkäufers, wie seine Truppe ins Innerste von Demokratien eingreife. Dabei gibt er im Plauderton Anekdoten zum Besten, zum Beispiel über den Stabschef eines Präsidenten in Südamerika. Sie hätten ihn gehackt und so herausgefunden, dass er einen unehelichen Sohn habe, von dem niemand etwas gewusst habe. Doch einen «Bastard» hätten in dem Land halt viele, meint Jorge. «Also änderten wir die Story.»

Kurzerhand habe das Team eine zweite Schwangerschaft erfunden und behauptet, dass der Politiker seine Geliebte in diesem Fall zu einer Abtreibung gedrängt habe – was nicht stimmte. Da man die Affäre und das erste Kind beweisen konnte, sei es für den Mann in der Folge sehr schwierig gewesen, den zweiten, erfundenen Teil glaubhaft abzustreiten.

«Jetzt wird er in Konflikt mit der katholischen Kirche geraten. Verstehen Sie?», erklärt Jorge. Das sei in diesem Land verheerend. «Das Narrativ ist sehr wichtig», sagt er. «Es muss einen Impact haben.»

Nach einigen weiteren Anekdoten dieser Art unterbricht Jorge seine Powerpoint-Präsentation plötzlich und stöbert auf seiner Harddisk herum. Seinen Bildschirm hat er geteilt – alle Sitzungsteilnehmer sehen, was er macht. Dann öffnet er den Ordner «Kenia».

Ein Live-Hack in Kenia

Es ist Ende Juli 2022. In zwei Wochen findet in dem ostafrikanischen Staat die Präsidentschaftswahl statt, die heisse Phase des Wahlkampfes ist im Gang. Kenia gilt eigentlich als Vorzeigedemokratie in Afrika. Dass Team Jorge dort offenbar ein Mandat hat, ist nicht bekannt.

Auf dem Bildschirm öffnet Jorge nun ein anscheinend gehacktes G-Mail-Konto. Das sei der Assistent eines mächtigen Mannes im Land, eines seiner «Ziele». Man sieht eine volle E-Mail-Inbox, ein kleiner Kreis daneben leuchtet grün. Jorge ist also in diesem Moment live im Konto drin. Doch damit nicht genug.

Jorge zeigt, dass er auch gleich Zugang zu allen Kontakten des Mannes hat, samt Handynummern. Alle Dokumente in der

Cloud, alles, was sein «Ziel» elektronisch besitzt, steht ihm offen. Auch vermeintlich sichere Messenger seien zugänglich, versichert der Israeli.

Um das zu demonstrieren, wechselt er mit ein paar Klicks in ein offenbar gehacktes Telegram-Konto des Users «Davis ChirChir». Das sei «irgendein Minister», sagt Jorge beiläufig. Der frühere und auch heutige Energieminister Kenias heisst Davis Chirchir. Zur Zeit des Videocalls, kurz vor der Wahl, war er Stabschef des kenianischen Vizepräsidenten.

Zugriff auf den Telegram-Messenger von «Davis ChirChir» – laut Jorge «irgendein Minister»: Kenias Energieminister heisst Davis Chirchir.

Der Mann telefoniert offenbar laufend per Telegram. «Ich kann hier alle seine Anrufe verfolgen», sagt Jorge. Dann sieht er eine Nachricht von einer Frau. Er ist sofort interessiert. «Ich kann ihr Bild holen», bietet er an. Oder er könne ihr eine Nachricht schicken, mit ihr anbandeln zum Beispiel: «Wie geht es dir, Liebling?» Der Israeli kann mit diesem Konto nun also beliebige Botschaften schicken, und sie kommen stets von «Davis ChirChir». Das kann an die Presse gelangen, an seine Ehefrau, an den Präsidenten, an die Wahlkommission. Wenn Jorge wirklich gerade im Konto des hochrangigen Politikers ist, so scheinen die Möglichkeiten, ihn, seine Partei oder die ganzen Wahlen zu torpedieren, fast grenzenlos. Vor allem, wenn Team Jorge auf der Harddisk, in den E-Mails oder SMS des Mannes etwas findet, mit dem es ihn oder andere unter Druck setzen kann. Oder indem es Unverdächtiges zu etwas Verdächtigem verfälscht. Jorge braucht all das nicht auszusprechen. Er sagt nur: «Ich kann jetzt Probleme bereiten hier.» Bleibt die Frage: Ist das wirklich alles echt?

Opfer eines Jorge-Hacks? Kenias Energieminister Davis Chirchir.

Der Beweis

Um seine Fähigkeiten unter Beweis zu stellen, zeigt der Israeli in einem der Treffen ein offenbar gehacktes Profil eines einflussreichen kenianischen Politikberaters. Der Mann ist per Telegram-Messenger im Austausch mit einem namhaften Geschäftsmann, ebenfalls aus Kenia. In diesen Chat tippt Jorge nun die Zahl 11 – und schickt das live im Namen des Beraters ab.

Damit der Hack nicht auffällt, löscht Jorge die Nachricht schnell wieder. Doch dabei passiert ihm ein Fehler, der den Journalisten nun in die Hände spielt. Er löscht die 11 nur beim gehackten Absender. Aber nicht beim Empfänger, dem Geschäftsmann. Bei diesem bleibt die 11 also im Chatverlauf stehen.

Tatsächlich gelingt es Journalisten des «Spiegels» später, den Geschäftsmann in Kenias Hauptstadt Nairobi zu treffen. Nach anfänglichem Misstrauen zeigt er ihnen den Chatverlauf mit dem Politikberater. Zur exakten Zeit des Hacks hat er eine Nachricht von ihm erhalten, die immer noch in seinem Verlauf ist: 11.

Es ist der erste harte Beweis, dass Jorge nicht blufft. Für die Journalisten kommt er wie ein Schock. Bis zu diesem Moment war es durchaus möglich, dass hier ein geschickter Betrüger versucht, reiche Kunden hinters Licht zu führen.

Jorge hat die 11 aus dem gehackten Konto eines Politikberaters versendet und löscht die Nachricht nun – aber die Box «Auch für den Empfänger löschen» hat keinen Haken.

Auf dessen Handy entdecken Journalisten später die 11 im Eingang, exakt zur korrekten Zeit.

Dass Jorge kein Hochstapler ist, legen aber auch die Ereignisse in Kenia nahe. Am 9. August 2022 gewinnt dort William Ruto die Präsidentschaftswahlen, allerdings nur mit 50,5 Prozent der Stimmen. Daraufhin startet sofort eine riesige Desinformationskampagne gegen ihn. Manipulierte Wahlunterlagen tauchen auf dubiosen Websites auf. In sozialen

Medien machen gefälschte Videos die Runde, angebliche Whistleblower verbreiten Lügen. Es kommt zu Unruhen. Steckt Team Jorge hinter dieser Kampagne? Haben dessen Mitglieder dafür auch die gehackten Konten eingesetzt? Davis Chirchir und der angeblich gehackte Politikberater haben auf Anfragen der Journalisten nicht geantwortet.

Vier von sieben Mitgliedern des Wahlausschusses weigern sich nach der Wahl jedenfalls, das Ergebnis zu bestätigen, da es «undurchsichtig» sei. Schliesslich muss das oberste Gericht das Ergebnis durchsetzen. Das Resultat: Der Ruf des Präsidenten ist bis heute beschädigt. Und viele Menschen haben das Vertrauen in die Demokratie verloren.

Das Vertrauen in den Staat ist beschädigt: Unruhen in Kenia nach den Wahlen.

Der Schweizer Banker

Mit der Bestätigung des Falles aus Kenia mussten die Journalisten nun die zig anderen Geschichten und Anekdoten, mit denen Jorge bei seinem Verkaufsgespräch prahlte, ernst nehmen. Zum Beispiel einen Fall, bei dem angeblich ein Schweizer Banker involviert war.

Demnach habe der Präsident eines asiatischen Landes angerufen, weil einer seiner Minister seine Reformvorhaben blockiere, und ohne die Reform sei seine Wiederwahl gefährdet. Der Störenfried stamme aber von einer anderen Partei, mit der er koaliere. Also könne er ihn nicht einfach feuern. Jorge: «Er sagte uns, er brauche diesen Bastard.»

Gemäss den Israelis passierte nun Folgendes: Team Jorge hackte den störrischen Minister. Sie fanden heraus, dass er erstens bald zurücktreten wollte, um im warmen Süden zu leben. Zweitens entdeckten sie in seiner Inbox eine E-Mail eines Angestellten einer bekannten Schweizer Bank. In der E-Mail bedankte sich der Schweizer demnach beim Minister für das tolle Essen in Singapur. Aber leider könne seine Bank für ihn kein Konto eröffnen, weil er eben eine politisch exponierte Person sei.

Der Fall zeigt, wie schnell auch eine Schweizer Bank in einen internationalen Korruptionsfall geraten kann.

Wenn die Darstellung der Israelis stimmt, handelte die Schweizer Bank absolut korrekt. Doch für die Israelis war das eine Steilvorlage. Team Jorge fälschte nun angeblich eine E-Mail der Bank an den Minister. Darin bedankte sich der Schweizer Banker wieder für das Essen, doch diesmal sagte er dem Politiker zu, ein Konto zu eröffnen. Allerdings nur, wenn er 50 Millionen einzahle. Nicht nur der Minister, auch die Schweizer Bank hätte damit wohl im grossen Stil gegen Geldwäschereiregeln verstossen.

Diese Mail habe Team Jorge dann dem Kunden gegeben, dem Präsidenten des asiatischen Landes. Für den ist das ein Geschenk des Himmels. Laut Jorge zeigte er es seinem widerspenstigen Minister und behauptete, diese Mail habe ihm der Geheimdienst gegeben. Es ist das perfekte Druckmittel. Der Präsident habe dem Minister zum Schluss auch noch einen Botschafterposten in einem warmen Land angeboten, um ihn loszuwerden. Weil er ja wusste, dass es den Mann in die Wärme zieht.

Jorge nennt das Land nicht, in dem sich die Episode abgespielt haben soll. Welche Schweizer Bank involviert war, verrät er auch nicht. So lässt sich der Fall nicht überprüfen. Doch zumindest zeigt er, wie schnell auch eine Schweizer Bank durch solche Operationen in einen internationalen Korruptionsfall geraten kann.

Machtdemonstration mit einem Vogel

Kenia, Südamerika, die Schweizer Bank: Es sind nur drei von zahlreichen Fällen, die Jorge in seiner Präsentation und bei dem Treffen mit den Undercover-Journalisten nennt. Wie beiläufig werden auch Projekte in Nigeria, Indonesien und anderen Ländern erwähnt.

Sollten dies alles echte Übergriffe von Team Jorge sein, so wäre die Truppe eine bislang unbekannte politische Kraft, die nach eigenen Angaben seit mehr als 20 Jahren weltweit immer wieder gezielt politische Manipulationen vornimmt, mit teilweise erheblichen Auswirkungen – und das alles gegen Bezahlung. Nach wie vor wirkt das eher wie eine Verschwörungstheorie.

Diese eine 11, die sich auf dem gehackten Konto überprüfen liess, ist ein dünner Beweis. Ein weiterer Hinweis kommt aus geleakten Dokumenten, die belegen, dass Team Jorge sich auch mit der britischen Skandalfirma Cambridge Analytica austauschte, als diese 2015 im nigerianischen Präsidentschaftswahlkampf engagiert war.

Um die Israelis aber tatsächlich auf frischer Tat zu ertappen, versucht das Journalistenkonsortium, Team Jorge zu einer Machtdemonstration zu verleiten.

Emu Emmanuel aus Florida ist berühmt: Hier mit seiner Besitzerin, dem Tiktok-Star Taylor Blake.

Zur Zeit des Austauschs mit Team Jorge im Sommer 2022 ist gerade ein Emu aus Florida namens Emmanuel zu einem Tiktok-Star avanciert. Nun verlangen die vermeintlichen Neukunden von Jorge, sein Team solle die Meldung viral gehen lassen, dass Emmanuel gestorben sei – obwohl der Vogel natürlich noch quicklebendig ist. Das Hashtag soll #rip_emmanuel sein. RIP steht für «rest in peace», Ruhe in Frieden.

Am 29. Juli 2022, nur einen Tag nach dem Auftrag, verbreitet sich #rip_emmanuel wie aus dem Nichts im Internet. Zuerst trendet der Begriff bei Twitter, dann springt er auf andere soziale Netzwerke über. Die Klicks auf ein Emmanuel-Video steigen wie von Geisterhand um über drei Millionen.

Schliesslich muss eine Mitarbeiterin aus Emmanuel's Farm eingreifen und allen versichern, dass der Vogel fit und gesund sei und weiter auf «Streicheleinheiten warte».

Fans des Emus Emmanuel sind entsetzt über die Nachricht seines Todes. Doch das waren Fake News von Team Jorge, ...

... die Betreuerin musste das schliesslich richtigstellen.

Eine Analyse zeigt rasch, dass hier ein Netzwerk von gefälschten und missbräuchlich genutzten Social-Media-Accounts zum Einsatz kam, sogenannte Avatare, welche die Todesnachricht verbreitet haben. Exakt diese Geister-Accounts waren noch in rund 20 anderen Kampagnen aktiv, nicht nur in Afrika, sondern auch in Frankreich oder Kanada.

Die Avatare der Israelis, die Emmanuel's Ableben verkündeten, setzen sich beispielsweise auch für den Weiterbetrieb von Atomkraftwerken in Kalifornien ein. Manche attackieren gar den Gouverneur Gavin Newsom unter dem Hashtag #gonuclear. Für die US-Energiefirmen geht es hier vermutlich um Milliarden von Dollar. Haben sie Jorge engagiert?

«Influencer auf Steroiden»

Über seine Kunden redet der Israeli nicht. Dafür erzählt er bei den Videokonferenzen in allen Details, woher er seine Avatare nimmt. Stolz präsentiert er den staunenden Journalisten eine Art perfekte Social-Media-Manipulationsmaschine.

Per Knopfdruck lassen sich auf einer eigenen Oberfläche ausgeklügelte Avatare erzeugen. Sie haben nicht nur ein Bild von einer realen Person und eine lange Historie, sondern auch gleich eine gültige E-Mail-Adresse und offenbar sogar eine funktionierende Handynummer.

In einem Menü kann man auswählen, wo die falschen Profile überall ein Konto haben sollen. «Wir haben Avatare mit Airbnb, Wechat, VK, Viber, Twitter, Tinder, Grinder, Tiktok, was immer Sie wollen», prahlt Jorge. Auf der Programmoberfläche steht eine Zahl: 31'726. So viele Profile scheinen der Fake-Armada von Team Jorge demnach anzugehören.

Mit dieser Schaltzentrale erzeugt Team Jorge nach eigenen Aussagen Tausende falsche Profile auf Knopfdruck. Die Gesamtzahl: 31'726.

Wer Jorge anheuert, kann die Profile nutzen, zum Beispiel für Angriffe auf Zielpersonen, Manipulation von Debatten, politisches Agendasetting und so weiter. Das Programm sei so gut, dass Jorge es schon an diverse Geheimdienste verkauft habe. «Das ist ein Influencer auf Steroiden. Das ist nur für, äh, nur für Geheimdienste», sagt Jorge während einer Präsentation. Seine Vorführung wirkt glaubhaft. Die Avatare lassen sich nicht nur auf Knopfdruck erzeugen und automatisch überall anmelden. Man kann sie auch einsetzen, um Posts schneeballmässig zu verbreiten, und zwar programmiert auf ein bestimmtes Datum und eine Uhrzeit. Dabei werde «menschliches Verhalten» imitiert.

In einem kleinen Menü lässt sich auch auswählen, in welchem Land diese Profile dann erzeugt werden. Darunter sind nicht nur Staaten in Afrika oder die USA, sondern auch: Switzerland.

Man kann direkt falsche Profile aus der Schweiz herstellen.

Ist die Schweiz also ebenfalls vom Treiben von Team Jorge betroffen? «Ich kenne den vorliegenden Fall nicht, aber ich würde das sofort glauben», sagt Nicolas Mayencourt, Gründer und Geschäftsführer des weltweit renommierten IT-Sicherheits-Unternehmens Dreamlab Technologies in Bern. «Solche Aktivitäten sind zweifellos eine reale Gefahr für die Demokratie.»

Zum konkreten Fall kann er sich nicht äussern. Doch auch bei Dreamlab stelle man fest, dass Manipulationen und gar das Hacken von Politikern oder ganzen Wahlkampagnen weltweit «exponentiell» zunehmen. Und die Schweiz ist eindeutig ein Ziel.

«Wir haben führende Industrien im Bereich Pharma und Elektronik und einen der grössten Finanzplätze der Welt. Als Rohstoff-Handelsmarkt sind wir global praktisch Nummer eins. Gleichzeitig sind wir eines der wichtigsten Gastgeberländer der Welt: für die UN, die Sportverbände wie Fifa und IOK, für das World Economic Forum. Das sind alles sehr attraktive Ziele», sagt Mayencourt, «auch für Einflussnahmen auf dem politischen Parkett.»

Auch die Schweiz sei ein Ziel, sagt Nicolas Mayencourt, Gründer des weltweit tätigen IT-Sicherheits-Unternehmens Dreamlab Technologies aus Bern.

Dass dies nicht nur Theorie ist, zeigen verschiedene Ransomware-Angriffe auf Schweizer Gemeinden wie etwa Neuenburg in den letzten beiden Jahren. Dabei erbeuteten Hacker sensible Daten von Zehntausenden Schweizern. «Die Kriminellen erbeuteten so extrem sensitive Daten. Da sind

AHV-Nummern drin, Pass-, Steuer- und sogar Gesundheitsdaten», sagt der Sicherheitsspezialist.

Das Problem: Wenn die Kriminellen die Informationen nicht mehr für Erpressungen nutzen können, dann machen sie in der Regel eine Art Zweitverwertung. «Die Daten aus der Schweiz werden dann einfach an staatliche Akteure weiterverkauft, die daran interessiert sind, etwa an gewisse Geheimdienste. Und die verfolgen dann mit den Schweizer Daten wieder ihre ganz eigenen Ziele», erklärt Mayencourt.

Was passiert, wenn Gruppen wie Team Jorge an solche Daten gelangen, mag man sich kaum ausmalen.

Der Mann hinter Jorge

Doch wer ist dieser Jorge wirklich? Sicher ist, dass der Mann in Wahrheit nicht Jorge heisst. Und auch nicht George. Erst nach langen Recherchen gelang es dem Konsortium schliesslich, die Mitglieder des Teams zu identifizieren.

Der glatzköpfige Mann, der sich Max nannte, ist laut israelischen Quellen, die ihn kennen, ein Veteran israelischer Nachrichtendienste. Auf Anfrage stritt er aber kategorisch ab, dass er mit Team Jorge verbunden ist oder war. Er habe noch nie von diesem gehört. Er sei bis 2006 ein Angestellter der israelischen Regierung gewesen und dann «pensioniert» worden. Seither konzentriere er sich auf «Coaching-, Schulungs- und Beratungsdienste».

Jorge entpuppt sich als 50-jährige T. H. (Name der Redaktion bekannt). Auch er war früher bei den Spezialkräften des israelischen Militärs. Auf eine Menge detaillierter Fragen antwortet T. H.: «Um klar zu sein, ich streite jegliches Fehlverhalten ab.» Wie Recherchen zeigen, führte die Schweizer Bundesanwaltschaft bis 2021 ein Verfahren gegen den Mann wegen Verdachts des wirtschaftlichen Nachrichtendienstes. Er hatte einem Schweizer Spion gegen Bezahlung Bankdaten beschafft. Diese stellten sich allerdings als fingiert heraus, das Verfahren wurde eingestellt.

Im dritten Stock dieses Hauses in Modiin, Israel, hat Team Jorge seine Kommandozentrale eingerichtet.

Damit bleibt eine letzte Frage offen: Wie kann es sein, dass israelische Ex-Agenten mit derart umfassenden Fähigkeiten drei Journalisten nicht enttarnen konnten?

Tatsache ist: Die drei Journalisten des Konsortiums wurden von Gewährsmännern eingeführt und haben ihre Tarnung akribisch vorbereitet. Damit konnten sie die Grossmeister der Täuschung letztlich selber täuschen. Offensichtlich hat Team Jorge die Journalisten drastisch unterschätzt – oder es wurde nach all den Jahren im Geschäft nachlässig. Jedenfalls wollte es zu wenig echte Belege dafür, dass die Reporter tatsächlich die waren, als die sie sich ausgaben.

In einem der Videocalls stellten die Reporter einmal die Frage, ob Jorge denn nicht Angst habe, enttarnt zu werden. Womöglich könnte ihn der US-Geheimdienst finden, erklärte der Israeli da. Aber man könne sich jedenfalls sicher sein, dass sie nicht von ein paar «mittelklassigen Journalisten erwischt werden».

sonntagszeitung

Kommentar zu Corona-Leaks : Es braucht mehr Glasnost im Bundesrat

Statt sich mit Alibiuntersuchungen über unbedeutende Indiskretionen zu beschäftigen, sollte die Politik besser über öffentliche Bundesratssitzungen nachdenken.

Denis von Burg

Mehr Licht in die Bundesratsentscheide zu bringen, wäre gescheiter, als jetzt eine fragwürdige Untersuchungsmaschinerie wegen unbedeutender Corona-Indiskretionen in Gang zu setzen.

Schon drei Sonderermittler durchleuchten die inhaltlich marginalen und noch nicht einmal belegten Corona-Leaks. Und als wäre das nicht genug, will jetzt auch noch die Geschäftsprüfungskommission wissen, ob und was Alain Berset gewusst hat und wer sich sonst noch an den Indiskretionen während der Pandemie beteiligt hat.

Herauskommen wird wenig bis gar nichts. Die Verschwörungstheorie von Sonderermittler Peter Marti, wonach Berset und Ringier-CEO Marc Walder gegen den Rest des Bundesrats geklüngelt hätten, ist schon längst vom Tisch. Marti ist damit vor Gericht bereits mehrmals abgeblitzt, und selbst die Berset-kritische NZZ spricht inzwischen von «einer Überreaktion eines einsamen Sheriffs».

Die GPK wird feststellen, was wir alle wissen, nämlich dass Lauener nur Teil einer ganzen Indiskretionsmaschinerie war. Berset wird so klug gewesen sein, keine Belege für sein offensichtlich stillschweigendes und eigentlich kluges Dulden der Leaks zu hinterlassen. Und die GPK wird, was sie in den letzten 30 Jahren schon mehrmals und erfolglos gemacht hat, vom Bundesrat mehr Diskretion einfordern.

Einmal mehr versucht sich die Berner Politik mit einem scheinheiligen und letztlich sinnlosen Empörungs- und Aufarbeitungsritual abzureagieren. Besser wäre es, man würde sich im Bundeshaus fragen, ob die defensive Kommunikationspolitik der Regierung, die aus panischer Angst vor einem Auseinanderfallen des Gremiums nicht einmal den kleinsten Lichtstrahl ins dunkle Bundesratsszimmer zulässt, noch adäquat ist.

Und statt verbissen nach den angeblich Schuldigen zu suchen und dann einmal mehr zur allgemeinen Beruhigung noch höhere und trotzdem wirkungslose Mauern gegen neue Leaks aus dem Bundeshaus hochzuziehen, sollte die Politik jetzt besser über mehr Glasnost im Bundesrat nachdenken und Bundesratssitzungen mindestens ein Stück weit öffnen.

Natürlich sollen Bundesratssitzungen nicht wie Parlamentsdebatten live im Fernsehen übertragen werden.

Natürlich können wichtige strategische aussen- oder sicherheitspolitische Entscheide, deren Geheimhaltung im Landesinteresse sind, nicht öffentlich gemacht werden. Und natürlich sollen Bundesratssitzungen nicht wie Parlamentsdebatten live im Fernsehen übertragen werden. Aber

Bundesräte sollten bei Geschäften, die tags darauf sowieso öffentlich werden, ihre Pläne offenlegen. Und nach den Entscheiden müsste der Bundesrat offen über Hintergründe und Argumente informieren.

Denn – gerade die Corona-Krise mit den fast täglichen Leaks hat deutlich gemacht: Indiskretionen, im Sinne von Vorabinformationen über die Pläne und Absichten einzelner Bundesräte vor anstehenden Bundesratsentscheiden, waren genau besehen immer zum Wohl der Regierung und des Landes.

Von allem Anfang an stand der Gesundheitsminister unter Druck von allen Seiten. Ihm wurde unterstellt, er wolle eigentlich eine radikale Corona-Politik betreiben. Manche seiner Kollegen standen im Verdacht, aus parteipolitischen Gründen mit Grundsatzopposition alles zu hintertreiben.

Die Indiskretionen über Berts Absichten haben indes gezeigt, dass der Gesundheitsminister durchaus abgewogene Pläne präsentierte und seine Regierungskollegen, wenn sie doch einmal korrigierend eingriffen, dies mit Augenmass taten. Letztlich haben alle an Glaubwürdigkeit gewonnen: Berset, der Bundesrat und die Corona-Politik. Dem Bundesrat ist es gelungen, dem Druck von Massnahmengegnern und -befürwortern standzuhalten und den sehr erfolgreichen Schweizer Mittelweg zu Ende zu gehen.

Mehr Transparenz und mehr Öffentlichkeit bei den Bundesratsentscheiden stärken die Regierung.

Mehr Transparenz und mehr Öffentlichkeit bei den Bundesratsentscheiden stärken die Regierung, korrigieren Falschinformationen, zwingen das Gremium zu sachlichen statt parteipolitischen Entscheiden und geben ihm am Ende mehr Legitimation.

Übrigens: Ganz neu ist diese Erkenntnis nicht. Nach einer Reihe von Indiskretionen rund um den neu gewählten Bundesrat Christoph Blocher forderten gerade jene Kreise, die heute Berset wegen der Corona-Leaks den Strick drehen wollen, mehr Öffentlichkeit. Die damalige Bundeskanzlerin Annemarie Huber-Hotz von der FDP schlug eine «transparentere und aktivere Informationspolitik» vor und meinte, dass Vorschläge, Entscheidungsvarianten und -gründe öffentlich gemacht werden sollten. «Die Glaubwürdigkeit unserer Regierung würde gestärkt, weil die Politik transparenter würde. Die Bevölkerung wäre – im Gegensatz zu heute – orientiert», meinte Blocher selbst und forderte gänzlich öffentliche Bundesratssitzungen. Ehrlicher wäre, wenn sich FDP und SVP wieder an die damaligen Aussagen erinnern würden, statt ihr heutiges Skandalsüppchen weiter zu kochen.

sonntagszeitung

Kolumne von Markus Somm: So zerstört man Institutionen

Die Corona-Leaks sind keine Bagatelle, sondern eine Staatskrise. Alain Berset kann sie jederzeit beenden, indem er zurücktritt.

Markus Somm

Vor die Tür gestellt: Bundesrat Alain Berset (M.). Rechts steht sein damaliger Kommunikationschef Peter Lauener (6. Oktober 2020).

Als Marc Walder, der CEO von Ringier, seinerzeit eine Werbeallianz mit der SRG und der Swisscom schloss, empfanden wir das im Präsidium des Medienverbandes, dem ich angehörte, als «Verrat» – zumal wir uns damals in hitzigen Auseinandersetzungen mit der SRG befanden. Walder musste in den Ausstand treten, die Sitzung verlassen, und wir diskutierten ohne ihn weiter, Open End. Offensichtlich erlebte er das als Demütigung. Kurz darauf trat Ringier aus dem Medienverband aus.

Einige Jahre später, am letzten Mittwoch, war es an Bundespräsident Alain Berset (SP), in den Ausstand zu treten. Auf Verlangen seiner Kollegen hatte er das Bundesratszimmer zu räumen, und die Bundesräte unterhielten sich über Berset ohne Berset. Ironischerweise hatte auch das mit Walder zu tun. Denn Berset und sein ehemaliger Kommunikationschef Peter Lauener stehen im Verdacht, systematisch die Kollegialität, wenn nicht das Amtsgeheimnis verletzt zu haben, indem sie Walder wiederholt vertrauliche Informationen aus dem Bundesrat zukommen liessen. Die «Schweiz am Wochenende» hat diesen Vorgang vor zwei Wochen enthüllt. Seither bebt Bern.

Was der selbstsichere, manchmal eitle Walder als Demütigung aufgefasst hat, dürfte Berset – selbstsicher und noch eitler – genauso als Demütigung erlitten haben. Wie lange hält er das aus? Zumal die Kollegen im Bundesrat auch dafür gesorgt haben, dass die ganze Schweiz vernahm, wie sie Berset vor die Tür gestellt hatten. Das war ungewöhnlich. Wenn auch hin und wieder vorkommt, dass Bundesräte in den Ausstand treten, wird das der Öffentlichkeit kaum je mitgeteilt. Oder um es grob auszudrücken: Man gab Berset zum Abschluss frei. Die Bundesräte kochen. Das Vertrauen ist verbrannt.

Am Samstag legte die «Schweiz am Wochenende» nach: Jetzt berichtete sie davon, wie Lauener einen Tag vor einem Entscheid des Bundesrats Walder eine Medienmitteilung zustellte, die alles vorwegnahm. Es ging um Grossveranstaltungen im Zeichen von Corona. Wenig später erschien die Nachricht im «Blick». «Wie «Blick» weiss:» – schrieb das Ringier-Blatt mit einer gewissen Begeisterung – wogegen alle anderen Medien nichts davon wussten. Kein Wunder. Der Bundesrat hatte noch gar nichts beschlossen, und nur Ringier hatte wohl diese Mitteilung zugesteckt erhalten, damit der «Blick» vor dem Bundesrat erfuhr,

was dieser aus Sicht des Departements Berset noch zu beschliessen hatte.

Manchen scheint es nicht bewusst zu sein, wie gravierend Laueners Verrat ist; wie kritisch es um Bersets Stellung steht.

So zerstört man Institutionen. Ich sage das, weil manchen nicht bewusst zu sein scheint, wie gravierend Laueners Verrat ist; wie kritisch es um Bersets Stellung steht. Das liess sich an der offiziellen Erklärung des Bundesrats erkennen, wo Bersets Rücktritt bereits vorbereitet wurde: «Gestützt auf die Angaben des Bundespräsidenten, der versichert hat, von solchen Indiskretionen keine Kenntnis gehabt zu haben, wird der Bundesrat die Geschäfte auf der Grundlage des wiederhergestellten Vertrauens weiterführen», hiess es. Im Klartext:

Sollte auch nur ein Beweis auftauchen, dass Berset um Laueners unorthodoxe Kommunikationspolitik wusste, dann muss er gehen. In Bern glaubt übrigens so gut wie niemand daran, dass Berset, ein pedantischer Chef, nicht im Bild war. Wobei er sich noch glücklich schätzen kann, dass man bei ihm nicht die gleichen Massstäbe anlegt wie in der Privatwirtschaft: Wer Untergebene führt, ist am Ende immer für ihre Taten verantwortlich. Oswald Grübel trat als UBS-CEO zurück, als bekannt wurde, dass ein Händler seiner Bank in London illegale Geschäfte betrieben hatte – obwohl Grübel keine Ahnung davon hatte.

So zerstört man Institutionen. Als im Herbst 2022 die Berner Stadtregierung neu gewählt wurde, trat auch Laueners Frau, Marieke Kruit, an. Beide sind SP-Mitglied, und offenbar, so erfährt man jetzt, hat sich Lauener während seiner Arbeitszeit für ihren Wahlkampf eingesetzt. Wenn dieser Vorwurf auch kleinlich wirken mag – bei einem unbestritten so hohen Pensum, das Lauener leistete, dann geht es hier ebenfalls um mehr: Was ist das für eine Berufsauffassung eines Pressesprechers, der vom Steuerzahler dafür angestellt ist, die Politik der Regierung zu erklären, wenn er stattdessen parteipolitischen Anliegen nachgeht? Wo liegt hier der Respekt für die Institutionen, die von einem Staatsdiener verlangen, dass er dem ganzen Land dient – und nicht bloss seiner Partei? Noch sind wir nicht in der DDR, wo Partei und Staat ineinander verknäult waren.

So zerstört man Institutionen. Das ist keine Bagatelle, sondern eine Staatskrise. Berset kann sie jederzeit beenden, indem er zurücktritt.

Markus Somm ist Chefredaktor von Nebelspalter.ch.

das-magazin

Philipp Loser über den Fall Berset: Sind wir Medien zu wenig kritisch?

Die Corona-Leaks sorgen für maximale Aufregung – bei Journalistinnen und Journalisten. Bei allen anderen ist das Erstaunen eher mässig.

Philipp Loser

Aufregung: maximal. Dass der Kommunikationsberater des Gesundheitsministers während der Coronapandemie den CEO eines der grössten Schweizer Medienhäuser systematisch mit Informationen aus dem Innendepartement bedient haben soll, elektrisiert die Schweizer Journalistinnen und Journalisten. Jeder Winkel wird ausgeleuchtet, jede Spur wird verfolgt, sei sie noch so abwegig. Liegt vielleicht Insiderhandel vor? Hatte Ringier etwas in der Hand gegen Alain Berset? War Marc Walder Corona-paranoid? Und vor allem: Stimmt das alles überhaupt? Zugang zum (ebenfalls geleakten) Ermittlungsmaterial hatten bisher nur die Journalisten von «Schweiz am Wochenende». Das ist nicht unproblematisch.

Bei den direkt Betroffenen ist die Aufregung riesig. Also bei jenen Journalistinnen und Journalisten, die einen Bezug zur Innenpolitik haben oder sich für die eigene Branche interessieren. Bei allen anderen scheint das Interesse mässig. Oder eher: Das Erstaunen über den Vorfall ist eher mässig. Wer sich im Bekanntenkreis umhört oder die Kommentare unter den Texten zum Thema liest, der erkennt drei verschiedene Reaktionen:

- □ Es gibt die Resignierten. Sie wussten immer schon, dass Medien und Politik klüngeln. Dass Journalisten und Politiker in einer ungesunden Verbindung funktionieren.
- □ Es gibt die Zynischen, die sagen, das sei eben die Mechanik der Macht. Warum davon überrascht sein?
- □ Und es gibt die Hässigen, die sich bestätigt fühlen: Siehst du! Der Bundesrat diktiert, die Journalisten schreiben. Dieses Pack.

Die Reaktionen sind teilweise verständlich. Die Pandemie hat Gräben zwischen Medien und ihren Konsumenten hinterlassen. Waren die Medien zu wenig kritisch während der Pandemie?

Das Forschungszentrum Öffentlichkeit und Gesellschaft (FÖG) der Universität Zürich hat unterschiedliche Tendenzen in der

Berichterstattung während der grossen Coronawellen festgestellt. Grob gesagt berichteten die Medien während der ersten Welle weniger regierungskritisch als während der zweiten. «Eine eigentliche Hofberichterstattung haben wir aber in keiner der beiden Wellen wahrgenommen», sagt Linards Udris vom FÖG. Die problematische Wahrnehmung sei durch die schiere Menge der Berichte entstanden. Während der Hochphase der Pandemie handelten laut Udris sechzig bis siebzig Prozent der gesamten Berichterstattung ausschliesslich von Covid – entsprechend gross war der Auftritt der handelnden Akteure aus der Politik. Zum Beispiel von: Alain Berset.

Das soll keine generelle Rechtfertigung der Arbeit der Medien während Corona sein. Natürlich war nicht alles gut während der Pandemie, natürlich gab es Ausschläge nach unten. Und ja: Es gibt eine Nähe zwischen Journalisten im Bundeshaus und den Politikern, über die sie schreiben. So wie es eine Nähe gibt zwischen Sportjournalisten und den Fussballern. Indiskretionen sind dabei ein essenzieller Teil des Geschäfts (im Bundeshaus und im Stadion). Je professioneller die Medienarbeit der Bundesämter, Vereine oder Konzerne, je geschliffener Entscheide «verkauft» werden, je abgeschotteter die Akteure sind, desto wichtiger ist es für Journalistinnen und Journalisten, Transparenz herzustellen. Oftmals ist das nur via Indiskretion möglich.

Dabei ist es nicht das Gleiche, ob ein Bundeshausjournalist verschiedene Quellen bearbeitet und unregelmässig etwas «gesteckt» erhält oder ob ein hochrangiger Kommunikationsberater den Chef des vielleicht einflussreichsten Medienunternehmens systematisch über mögliche Bundesratsentscheide informiert.

Das Erste ist Arbeit, oft mühselige und harte Arbeit. Das Zweite wäre ein arrogant-dreister Missbrauch der eigenen Macht. Das Bild, das dabei entsteht, schadet der Glaubwürdigkeit aller Journalistinnen und Journalisten. Das ist das Traurige an dieser Geschichte. Die Beteiligten geben ihnen allen recht: den Resignierten, den Zynischen und den Hässigen.

wirtschaft

Analyse zum Weltwirtschaftsforum: Die Politiker bringen das Licht, die Manager suchen den Schatten

Die grossen Auftritte der Politiker sollen dem WEF internationalen Glanz verleihen. Den Managern kommt das entgegen: Sie wirken lieber hinter verschlossenen Türen.

Jorgos Brouzos

Im Blick der Weltöffentlichkeit (von links): WEF-Gründer Klaus Schwab, EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, Olena Selenska, die First Lady der Ukraine, und Bundesrat Alain Berset.

Nun werden sie wieder abgebaut, die grossen Pavillons an der Promenade in Davos. Sie bestimmen das Bild der Stadt während des Weltwirtschaftsforums und sind immer ein sicheres Zeichen dafür, wo derzeit das grosse Geld gemacht wird. Dieses Mal kamen sie aus Saudiarabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten oder Indien.

Daneben standen die Bauten der grossen Techfirmen aus Indien oder den USA wie Google oder Microsoft. Die Firmen streichen zwar gerade Tausende Stellen, für einen pompösen Auftritt in Davos hat das Geld aber noch gereicht.

Für den Glanz sollten die Reden von Politikerinnen und Politikern sorgen. Den bewegendsten Auftritt hatte die ukrainische First Lady Olena Selenska, die um Hilfe für die Ukraine bat. Routiniert, aber wenig erkenntnisreich waren dagegen die Reden des deutschen Kanzlers Olaf Scholz und der EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen.

Die kraftlosen Ansprachen zeigten vor allem auch: Die grossen politischen Ankündigungen und Entscheidungen werden nicht mehr in Davos gemacht. Das unterstrich der Auftritt des chinesischen Vizepremiers Liu He. Der reiste nämlich von dort nach Zürich, wo er die US-Finanzministerin Janet Yellen traf. Ein Gespräch, dem wegen der Spannungen zwischen den USA und China grosse Bedeutung zukommt.

Die Manager sind begeistert

Die Manager und weiterhin eher wenigen Managerinnen blieben derweil im Hintergrund. Sie trafen sich an «Private Sessions» und

zum «Speed-Dating» – sehr kurzen Sitzungen – oder an den rauschenden Partys am Abend. Auf den grossen Podien in Davos erklärten Wirtschaftsexperten, wie sich die Teuerung entwickeln könnte (sie dürfte wohl länger hoch bleiben, als uns lieb ist) und ob die Zinsen deswegen weiter steigen sollten (es sieht danach aus).

Die Stimmung am Forum sei äusserst entspannt gewesen, berichten mehrere befragte Manager. Endlich waren die Einschränkungen der Pandemie vorbei. Fast jeder Gesprächspartner sagte: «Es ist so wichtig, dass wir wieder miteinander sprechen können.» Der persönliche Austausch habe gefehlt.

Vieles wird in Davos angebahnt, was später an einem anderen Ort zu einem guten Deal führt.

Er treffe hier innerhalb von wenigen Tagen zahlreiche Kunden und Geschäftspartner, das lohne sich, sagt einer der nach Davos angereisten Manager. Auch wenn nicht immer gleich etwas dabei herauskommt, sondern vielleicht erst in ein paar Monaten. Vieles wird in Davos angebahnt, was später an einem anderen Ort zu einem guten Deal führt.

Die Botschaft ist klar: Die Managerinnen und Manager haben die Kosten und den Nutzen des Forums für sich genau abgewogen und erachten es als wertvoll.

Diesen Zweck erfüllt das WEF also, mehr aber wohl nicht. Das Schlusswort überliess Forumsgründer Klaus Schwab diesmal WEF-Präsident Borge Brende. Der sagte, Zusammenarbeit sei der einzige Weg, um eine Lösung für die zahlreichen Probleme der Zukunft zu finden.

Das mag stimmen – fraglich ist, wie viele Managerinnen und Manager das gehört haben. Viele waren nach ihren letzten Meetings schon am Donnerstagabend abgereist.

meinungen

Kommentar zum WEF: Eine denkbar ungeeignete Plattform für die Verbesserung der Welt

Das alljährliche Treffen der Mächtigen in Davos ist eine grossartige Veranstaltung. Aber die Lösung unserer drängendsten Probleme sollten wir ihnen sicher nicht anvertrauen.

Armin Müller

Gutes Geschäft mit weltweiter Ausstrahlung: Klaus Schwab, Gründer und Chef des World Economic Forum (WEF), übt seine Ansprache vor der Medieninformation vom 10. Januar zum bevorstehenden Meeting in Davos.

Am Montag geht es also wieder los. Rund 2700 wichtige Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Showbusiness und Medien aus rund 130 Ländern treffen sich zum 53. World Economic Forum (WEF) in Davos. Gemäss dem WEF-Motto netzwerken, referieren und diskutieren die «Global Leaders», um «den Zustand der Welt zu verbessern».

Das Zusammenführen bekannter Referenten mit mächtigen und reichen Menschen und die internationale Perspektive entpuppten sich als gutes Geschäft mit weltweiter Ausstrahlung. Was Klaus Schwab seit 1971 aufgebaut hat, verdient höchste Anerkennung.

Die grossen Erfolge liegen allerdings weit zurück. 1988 entspannten Griechenland und die Türkei am WEF den Zypern-Konflikt. 1992 traten der südafrikanische Präsident Frederik Willem de Klerk, Nelson Mandela und Mangosuthu Buthelezi erstmals gemeinsam ausserhalb Afrikas auf. 1994 unterzeichneten der israelische Aussenminister Shimon Peres und der PLO-Vorsitzende Yassir Arafat einen Vertragsentwurf zu Gaza und Jericho.

Noch immer gibt es kaum ein grösseres Problem auf dieser Welt, das das WEF nicht auf seiner Agenda hätte: Klimawandel und Herkunftsnachweise für Batterien, Plastikmüll und Metaverse – kein trendiges Thema fehlt. Es wird viel geredet, Appelle und wohlklingende Absichtserklärungen gibt es im Überfluss. Aber die Kluft zwischen Worten und Taten der «Davos Men» und «Davos Women» scheint von Jahr zu Jahr grösser zu werden.

Die heisse Luft, die produziert wird, kühlt sich in der kalten Bündner Bergwelt schnell ab.

Es sind zwar am WEF immer mehr besorgte Voten zum Klimawandel oder zur Ungleichheit zu hören, aber jeder zehnte Teilnehmende reist mit dem Businessjet an. «Sie sind nicht bereit, existenzsichernde Löhne zu zahlen, aber sie finanzieren eine Philharmonie», bringt es der Ungleichheitsforscher Branko Milanovic auf den Punkt. Die heisse Luft, die produziert wird, kühlt sich in der kalten Bündner Bergwelt schnell ab.

Schwabs Vision, die Mächtigen und Reichen zusammenzubringen, um in der Welt etwas zu bewegen und

Durchbrüche zu schaffen, klingt bestechend. Aber sie geht von falschen Annahmen aus.

Zum Ersten: An Kontakten und der Zusammenarbeit von Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen (NGO) und Regierenden mangelt es ausserhalb des WEF nicht, im Gegenteil.

Ausgerechnet die Wirtschaftsführer, die in Davos vertreten sind, haben am wenigsten Probleme, sich Zugang zu Regierungen und Verwaltungen zu verschaffen. Sie haben nicht nur Tausende Lobbyisten in Brüssel, Washington und jeder anderen wichtigen Hauptstadt. Manchenorts schreiben sie die Gesetze gleich selbst mit.

Viele sind in ihrem Job dermassen beansprucht, dass sie sich nur oberflächlich mit den Problemen ausserhalb ihres Unternehmens beschäftigen können.

Sie sind sogar an den Treffen der Staats- und Regierungschefs der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer dabei. Vor dem G-20-Gipfel findet jeweils das Unternehmerforum B-20 statt, an dem sie Empfehlungen und Vorschläge zuhanden der Politik ausarbeiten. Ähnliches gilt für die NGOs. Rund 35'000 von ihnen lobbyieren allein in Brüssel, rund 15'000 in Washington.

Zum Zweiten: Wer einen Konzern leitet, ist nicht automatisch qualifiziert für die Lösung von Weltproblemen. Manager haben zweifellos besondere Fähigkeiten. Sie können Menschen führen, Strategien entwickeln, Mehrwert für die Aktionäre schaffen.

Aber für die Lösung von ökologischen, sozialen oder politischen Fragen sind sie nicht prädestiniert. Wenn das WEF vor sozialen Folgen der Inflation oder der Klimakrise warnt und festhält, davon seien besonders die «schwächsten Teile der Gesellschaft» betroffen, dann gehören superreiche Manager nicht unbedingt zu den Bestqualifizierten.

Die Manager und NGOs am WEF sind nicht gewählt und nur ihren Aktionären oder Spendern Rechenschaft schuldig.

Sie haben weder die Zeit noch das Wissen und meist auch nicht das nötige Interesse dafür. Viele sind in ihrem Job dermassen beansprucht, dass sie sich nur oberflächlich mit den Problemen ausserhalb ihres Unternehmens beschäftigen können. Und sie haben einen Interessenkonflikt, sind sie doch mit ihren Unternehmen für einen Teil der Probleme mitverantwortlich, etwa durch Umweltverschmutzung.

Zum Dritten: Die Lösungen, die Klaus Schwab in seinen Büchern präsentiert, gehen immer von oben nach unten: Die Elite der «Vordenker», die er in Davos versammelt, verständigt sich darauf, was das Beste für die Welt ist – dann kommt alles gut.

Aber von oben herab werden keine Probleme gelöst. In Demokratien wählen die Bürgerinnen und Bürger Parlamente und Regierungen, die sich um das Gemeinwohl zu kümmern haben. Diese sind ihnen rechenschaftspflichtig. Die Manager und NGOs am WEF dagegen sind nicht gewählt und nur ihren Aktionären oder Spendern Rechenschaft schuldig.

Die Wirtschaft braucht gute Rahmenbedingungen für Innovation und Anreize zur Langfristorientierung. Aber die Politik zur Lösung unserer drängendsten Probleme ist Sache der gewählten Regierungen und Parlamente. Die «Davos Men» und «Davos Women» wären so ziemlich die Letzten, denen man die Verbesserung der Welt überlassen möchte.

wirtschaft

World Economic Forum : «Diese jährliche Privatjet-Bonanza ist an Heuchelei nicht zu überbieten»

Klimaschutz ist eines der wichtigen Themen beim Treffen der globalen Polit- und Wirtschaftselite in Davos. Doch letztes Jahr reiste jeder zehnte WEF-Teilnehmer im Privatjet an.

Edith Hollenstein

Besonders umweltschädliches Verkehrsmittel: Parkierte Jets der WEF-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer im Januar 2015.

Der Klimawandel und seine gravierenden Folgen sind am Weltwirtschaftsforum, das am Montag in Davos beginnt, ein wichtiges Thema. Doch persönlich scheinen viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer wenig dagegen zu unternehmen.

Ein Blick zurück auf das WEF vom vergangenen Jahr zeigt, dass viele zumindest auf den Komfort eines privaten Flugzeugs nicht verzichten wollen.

CO₂ -Ausstoss von 350'000 Autos in einer Woche

Im Mai 2022 sind gemäss einer Analyse des niederländischen Beratungsunternehmens CE Delft und Greenpeace im Zusammenhang mit dem WEF über 500 Flüge mit Privatjets registriert worden. Somit sei beim vergangenen Weltwirtschaftsforum mit rund 2500 Teilnehmenden rund jeder zehnte mit einem Privatjet an- und abgereist.

Diese Flüge hätten 7400 Tonnen an CO₂ -Emissionen verursacht – so viel, wie 260'000 Autos in einer ganzen Woche ausstossen, rechnen CE Delft und Greenpeace vor. Das sei bedenklich, denn insbesondere kurze Flüge über weniger als 500 Kilometer seien nicht nötig. Diese Strecke könne gut mit dem Zug oder dem Auto zurückgelegt werden, heisst es weiter.

Greenpeace kritisiert, dass «die Reichen und Mächtigen nach Davos strömen, um hinter verschlossenen Türen über Klima und Ungleichheit zu diskutieren und dabei das umweltschädlichste Verkehrsmittel nutzen». Gleichzeitig erlebe Europa die wärmsten Januartage seit Aufzeichnungsbeginn, und Länder auf der ganzen Welt hätten mit extremen Wetterereignissen zu kämpfen – verstärkt durch die Klimakrise.

Die Weltelite müsse mit gutem Beispiel vorangehen und Privatjets verbieten, fordert Greenpeace.

Die Kontroverse um die vielen Privatjets ist nicht neu. Beim WEF im Jahr 2019 etwa, als Klimaaktivistin Greta Thunberg in Davos einen vielbeachteten Auftritt hatte und der Klimaschutz das Hauptthema der Veranstaltung war, fiel die Kritik heftig aus. Greenpeace schreibt, 80 Prozent der Weltbevölkerung sei noch nie geflogen, leide aber unter den Folgen der schädlichen Flugemissionen. «Wenn nun das WEF behauptet, sich den Klimazielen von Paris verpflichtet zu haben, ist diese jährliche Privatjet-Bonanza an Heuchelei nicht zu überbieten.» Die Weltelite müsse mit gutem Beispiel vorangehen und Privatjets sowie «nutzlose Kurzstreckenflüge verbieten», fordert die Umweltschutzorganisation.

Das WEF hat bereits in früheren Jahren darauf hingewiesen, dass die Anzahl An- und Abreisen in Privatjets im Laufe der Jahre stetig gesunken sei. «Zudem kompensieren wir den gesamten CO₂ -Verbrauch, indem wir über eine Partnerschaft mit der Firma South Pole verschiedene Umweltprojekte auf der ganzen Welt unterstützen», sagt Alois Zwinggi, einer von mehreren WEF-Direktoren auf Anfrage. Auch unterstütze das WEF etwa die Renaturierung von Moorlandschaften im Engadin.

Ein Jet landet während des Weltwirtschaftsforums 2016 auf dem Flughafen Dübendorf. Für die Analyse wurden ausserdem die Privatjetflüge zu und von den Flugplätzen Zürich, Altenrhein und St. Moritz gezählt.

Die Organisatoren rufen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ausserdem dazu auf, möglichst mit dem Zug anzureisen. Angeboten werden etwa Boni für Zugreisende sowie eine Kompensation von Flugemissionen.

Unabhängig vom WEF sind jedoch seit der Pandemie Privatflüge wieder voll im Trend. Die Europäische Organisation zur Sicherung der Luftfahrt (Eurocontrol) verzeichnete für das Jahr 2022 in Deutschland rund 94'000 Starts von Privatjets im Business-Segment. Das sind mehr als je zuvor, wie die «Süddeutsche Zeitung» schreibt.

15 Prozent solcher Flüge entfallen auf die Medizin (zum Beispiel für Organtransporte) oder Trainingsflüge etwa von Flugschulen. Die grosse Mehrzahl aber sind reine Geschäfts- oder Privatreisen.

schweiz

Verdacht auf schwere Corona-Impffolgen: «Man soll uns endlich ernst nehmen»

Sie sind selten, können aber mittlerweile nicht mehr wegdiskutiert werden: starke Nebenwirkungen nach der Covid-Impfung. Betroffene kämpfen jetzt um Anerkennung.

Eveline Rutz, Edgar Schuler

Drei Post-Vac-Betroffene erzählen: Jeanine Wiedemeier, Stefan Nydegger und Thi Mai Trang Jost.

Gemäss Schätzungen leiden 0,01 bis 0,02 Prozent aller Geimpften weltweit unter dem sogenannten Post-Vac-Syndrom. Sie berichten von Schmerzen, die sich im ganzen Körper ausbreiten. Sie haben Kopf-, Gelenk- und Muskelbeschwerden. Aber auch Taubheitsgefühle, Hautausschläge und Herzbeschwerden werden beobachtet. Das sind alles Symptome, die dem besser bekannten und viel häufigeren Long-Covid-Syndrom entsprechen.

In der Schweiz müssen schwerwiegende Impfnebenwirkungen dem Heilmittelinstitut Swissmedic gemeldet werden. Dennoch kann die Behörde keine konkreten Zahlen von Betroffenen hierzulande nennen. Der Grund: «Für den Begriff Post-Vac-Syndrom existiert noch keine international anerkannte, standardisierte Falldefinition», sagt Swissmedic-Sprecher Lucas Jaggi. «Trotzdem kann man davon ausgehen, dass es sich um sehr seltene Reaktionen handelt.»

Gregory Fretz, Leiter der Long-Covid-Sprechstunde am Kantonsspital Graubünden in Chur, warnt aufgrund der unklaren Lage und der tiefen Zahl Betroffener: «Man darf auf keinen Fall den Eindruck erwecken, dass man sich besser nicht impfen lässt.»

Betroffene haben im Juli 2022 den Verein Post-Vakzin-Syndrom Schweiz gegründet. «Leider kommen täglich neue Mitglieder dazu», sagt dessen Präsident Mirko Schmidt. Auch er kann nicht sagen, wie viele Betroffene es in der Schweiz gibt. «Aber jeder einzelne Fall ist tragisch», sagt Schmidt. Der Verein fordert einen offenen Diskurs und transparente Aufklärung über schwerwiegende Nebenwirkungen der Covid-Impfung. Betroffene sollen medizinisch sowie finanziell unterstützt werden.

Wir haben drei Betroffene getroffen. Ihnen allen haben Gesundheitsfachleute bestätigt, dass die Impfung höchstwahrscheinlich ihre Beschwerden ausgelöst hat.

Nicht mehr gehen, nicht mehr sprechen: Jeanine Wiedemeier

Schrieb in ihrer Verzweiflung einen Brief an Gesundheitsminister Alain Berset: Jeanine Wiedemeier, hier in ihrem Wohnzimmer, leidet unter dem Post-Vac-Syndrom.

Jeanine Wiedemeier hatte einen spannenden Job als IT-Projektleiterin, mit ihren Freundinnen ging sie klettern und in den Ausgang, sie war im eigenen Cabriolet unterwegs. «Ich hatte ein Hammerleben», sagt die 37-Jährige.

Dann kam Corona. Im Juni 2021 liess sie sich den Moderna-Impfstoff spritzen. In den Tagen darauf hatte sie heftige Gliederschmerzen und Schwindel. «Ich konnte mich nur noch auf allen vieren zum WC schleppen.»

Das ging aber vorüber. Die schlimme Erinnerung verblasste. «Ich glaubte sogar, ich sei nun besonders gut vor Corona geschützt», sagt Wiedemeier. Doch drei Monate später traten die Symptome wieder auf. «Ich konnte nicht mehr gehen, nicht mehr stehen, nicht mehr sprechen. Ich war ständig erschöpft und nicht mehr ich selbst», sagt Wiedemeier.

Die Hausärztin war ratlos. «Da kann man nichts machen», sagte sie. Wiedemeier suchte bei anderen Ärzten Hilfe – ebenfalls erfolglos. Weil ihre Symptome eins zu eins denjenigen von Long-Covid-Patienten entsprechen, liess sie ihr Blut auf eine mögliche unerkannte Corona-Erkrankung testen. Ergebnis: negativ.

«Ich glaube, dieses Corona-Impfprogramm ist nicht zu Ende durchdacht.»

In ihrer Rat- und Hilflosigkeit schrieb Wiedemeier einen Brief an Gesundheitsminister Alain Berset: «Leider gehöre ich zu den Post-Vac-Patientinnen und musste persönlich erfahren, wie ignorant und ablehnend viele Ärzte reagieren, wenn sie jemanden mit meinen diffusen Symptomen antreffen.»

Wiedemeier wünschte sich von Berset, dass er sich für die Unterstützung von Betroffenen einsetzt, dafür, dass die Behörden das Post-Vac-Syndrom anerkennen und dessen Erforschung vorantreiben.

Die Antwort kam nicht von Berset, sondern vom Bundesamt für Gesundheit (BAG). Es verweist auf Anlaufstellen und Rehabilitationsangebote für Long-Covid-Betroffene, die auch Personen offenstehen, die unter Impffolgen leiden.

Das BAG hält auch fest, die Komplexität der Erkrankung und das noch begrenzte Wissen und würden «Fachpersonen vor grosse Herausforderungen» stellen.

«Indem die Behörden ihre Augen vor dem Post-Vac-Syndrom verschliessen, spielen sie den Impfgegnern in die Hände», sagt Wiedemeier. Mehrere Personen aus Wiedemeiers Umfeld lassen sich diesen Winter nicht impfen, nachdem sie hautnah haben erleben müssen, wie schlecht es ihr geht.

«Ich bin wirklich keine Impfgegnerin, bitte schreiben Sie das», sagt Wiedemeier. «Aber ich glaube, dieses Corona-Impfprogramm ist nicht zu Ende durchdacht.» Betroffene von Impfschäden würden alleingelassen. «Es ist, als wäre man solidarisch in den Krieg gegen Corona gezogen, und die Verletzten werden bis heute auf dem Schlachtfeld liegen gelassen.»

Vom Gesundheitsfachmann zum Patienten: Stefan Nydegger

Hat für eine Therapie fast 15'000 Franken selber bezahlt: Stefan Nydegger leidet nach der Covid-19-Impfung unter vielfältigen Nebenwirkungen, unter anderem klagt er über Herzbeschwerden.

«Ich möchte mein altes Leben zurück», sagt Stefan Nydegger. Der Familienvater war beruflich stark engagiert. Mehr als 30 Jahre war er im Gesundheitswesen tätig. Er arbeitete unter anderem im Labor, in der Pflege und als Rettungssanitäter. Er übernahm Führungsfunktionen, bildete Mitarbeitende aus und war zuletzt beim Verein für Qualitätsentwicklung angestellt. Einen Tag pro Woche betreute er die beiden Kinder. Daneben trieb er ambitioniert Sport und lief 21 Kilometer in 1 Stunde und 22 Minuten.

«Das ist vorbei», sagt er am Telefon. Seit er sich im Herbst 2021 gegen Covid-19 impfen liess, kämpft der 49-Jährige mit gesundheitlichen Problemen. Sein Körper reagierte zehn Tage nach der zweiten Impfung mit einem inneren Juckreiz, Fieberschüben, Bronchitis, Taubheitsgefühlen sowie Kopf-, Gelenk- und Muskelschmerzen. Später kamen Herzbeschwerden hinzu.

Nydegger konnte eine Zeit lang kaum sehen und erlitt einen Hörsturz mit bleibendem Tinnitus. «Meine Frau drängte mich immer wieder, in den Notfall zu gehen», erzählt er. Er selbst habe den Symptomen zu wenig Beachtung geschenkt. Schliesslich ging er zum Hausarzt und wurde krankgeschrieben.

«Post-Vac-Betroffene drohen durch unser Sozialsystem zu fallen.»

Der Berner kämpfte sich an den Arbeitsplatz zurück, wo er nicht mehr das leisten konnte, was er gewohnt war. Am Abend und an Wochenenden lag er flach. Irgendwann ging es nicht mehr. «Die Beschwerden passen zu den bisher beobachteten Nebenwirkungen der mRNA-Injektion», sagt sein Arzt Andreas Missura. «Andere Krankheiten konnten durch unterschiedliche Spezialärzte weitestgehend ausgeschlossen werden.» Missura wirft den Behörden vor, nicht transparent über Risiken zu kommunizieren. Er wünscht sich eine Anlaufstelle für Menschen mit Verdacht auf Impfschäden.

Stefan Nydegger hat gerade fünf Wochen in einer Rehabilitationsklinik verbracht. Die Ruhe tat ihm gut. Am meisten geholfen hat ihm bislang aber eine Blutwäsche. Die sogenannte Inuspherese-Therapie musste er selbst bezahlen; gegen 15'000 Franken hat er aus dem eigenen Sack für seine Gesundheit ausgegeben. Die finanzielle Situation belastet den Familienvater zusätzlich. Ab Februar wird er keinen Lohn mehr erhalten. Seine Funktion hat längst eine Kollegin übernommen. Seine berufliche Zukunft ist unklar. «Post-Vac-Betroffene drohen durch unser Sozialsystem zu fallen», sagt Nydegger.

Zum Glück sei er mental stark. Sein grosser Halt sei seine Familie. Um seine Frau und die Kinder macht sich Stefan Nydegger jedoch auch Sorgen. Sie hätten im letzten Jahr viel übernommen und getragen. «Die Gefahr, dass Angehörige ausbrennen, ist riesig.»

Von den Behörden wünscht er sich mehr Unterstützung. Immerhin hätten sie die Impfung empfohlen. «Ich komme mir vor wie ein Versuchskaninchen», sagt Nydegger. Der Sammelklage gegen Swissmedic hat er sich nicht angeschlossen.

«Es geht mir nicht darum, Schuldige zu finden. Aber man soll uns endlich ernst nehmen.»

Permanent Schmerzen und oft verzweifelt: Thi Mai Trang Jost

«Es geht mir schlecht, ich habe permanent Schmerzen und bin oft verzweifelt»: Thi Mai Trang Jost sitzt nach ihrer Covid-19-Impfung im Rollstuhl und ist auf Hilfe angewiesen.

Thi Mai Trang Jost vermisst es, an die frische Luft zu gehen und Freunde zu treffen. «Ich ging oft wandern, habe gern gemalt und gekocht», sagt die 45-Jährige. Heute sitzt sie im Rollstuhl und ist auf Unterstützung angewiesen. Eine Nachbarin und ihre Familie helfen ihr, den Alltag zu bewältigen.

«Es geht mir schlecht, ich habe permanent Schmerzen und bin oft verzweifelt», sagt sie. Die Beschwerden kommen in Schüben. «Meine Gelenke schwellen an und werden ganz dick», erzählt Jost. Statt wie früher zu 100 Prozent ist sie noch zu 50 Prozent als Sachbearbeiterin bei einem Verband tätig. Sie tut dies ausschliesslich im Homeoffice.

Die Bernerin berichtet, dass ihre gesundheitlichen Probleme nach der ersten Covid-19-Impfung begonnen haben. Die Menstruation blieb aus, die Einstichstelle schmerzte. Nach der zweiten Dosis hatte sie unter anderem Gliederschmerzen.

Nach dem Booster konnte sie sich fast nicht mehr bewegen und musste notfallmässig ins Spital. Nachts fand sie keinen Schlaf mehr. Von den Ärzten fühlte sie sich nicht verstanden. «Sie haben mir Cortison verschrieben», erzählt sie. «Das tat mir nicht gut.»

Inzwischen hat sie einen Arzt gefunden, der ihr «gut zuhört». Dieser bestätigt ihre Aussagen, will jedoch nicht namentlich zitiert werden, da er keine neuen Patientinnen und Patienten aufnehmen kann. Er sagt: «Es besteht eine Autoimmunerkrankung, deren Symptome sich nach der zweiten und vor allem nach der Booster-Impfung stark verschlimmerten, was den Zusammenhang meines Erachtens beweist.»

«Die Leute sollen wissen, dass solche Nebenwirkungen vorkommen.»

Thi Mai Trang Jost gehört zu den sechs Personen, die die Schweizer Heilmittelbehörde Swissmedic verklagt haben. Sie wirft ihr vor, die Impfung als sicher angepriesen und zu wenig über die Risiken informiert zu haben. Dafür müsse die Behörde nun die Verantwortung übernehmen.

«Die Leute sollen wissen, dass solche Nebenwirkungen vorkommen», sagt Jost. Sie engagiert sich und erzählt ihre Geschichte, um auch anderen zu helfen. Viele Betroffene hätten nicht die Kraft und die finanziellen Möglichkeiten, sich zu wehren. Viele äusserten sich nicht – aus Angst vor negativen Reaktionen.

Jost kritisiert, dass zu wenig Geld in die Forschung und in die Entwicklung wirksamer Therapien investiert werde. «Was wir durchmachen, interessiert zu wenig.» Von den Krankenkassen wünscht sie sich ein stärkeres Entgegenkommen: Sie sollen für alternative Behandlungen aufkommen.

Eine Blutwäsche kann sich Thi Mai Trang Jost nicht selbst finanzieren. Sie hat dafür ein Crowdfunding lanciert. «Ich habe mich impfen lassen, um andere zu schützen», sagt sie abschliessend. Sie habe dies aus Solidarität getan und sei nun ebenfalls auf Solidarität angewiesen.

schweiz

Sinnsuche im Banking: «Wenns kracht, entscheidet der Bauch» war mal – hier entscheidet der Algorithmus über Ihr Vermögen

Sie verwalten Millionenbeträge völlig anders als herkömmliche Banken – und sind erfolgreich damit. So tickt die neue Generation von Fintech-Unternehmern.

Christian Zürcher

Sie verwalten 65 Millionen Franken: Guillaume Bourquenoud, Valentin Moullet, Quang Pham (von links nach rechts) haben Alquant gegründet.

Parkhotel Vitznau, ein Fünfsternehotel am Vierwaldstättersee. Über 70 junge Menschen sitzen in einem grossen Saal und staunen. Vor ihnen stehen Quang Pham und Guillaume Bourquenoud, 31 und 29 Jahre alt. Sie erzählen, dass fremde Menschen ihnen Millionen von Franken anvertrauen.

Die jungen Menschen, die meisten sind Männer in Hemd und Anzug, klatschen. Beim Apéro suchen sie das Gespräch mit den beiden und gratulieren, als hätten sie es geschafft, in den erlauchten Kreis der Topfinanz vorzustossen. «Wir haben es längst nicht geschafft», antwortet Pham.

Der Anlass in Vitznau ist ein Ehemaligentreffen der Universität Zürich. Seit 2010 bietet diese ein zweijähriges Seminar an, in dem Studenten mit echtem Geld Erfahrungen beim Investieren sammeln können. Nun treffen sich die ehemaligen Studenten und berichten, was sie seit der Universität gemacht haben. Der Höhepunkt: der Vortrag von Quang Pham und Guillaume Bourquenoud. Chief Investment Officer und Chief Executive Officer von Alquant, einer Firma, die sich auf die Vermögensverwaltung spezialisiert hat.

Der CIO und der CEO sind jung – und sehen auch so aus. Wenn Pham im Laden ein Bier kaufen will, dann wird er oft nach dem Alter gefragt. Wenn Bourquenoud an Konferenzen mit erfahrenen Bankern sprechen will, dann sagen diese ihm manchmal ungefragt: Wir bieten keine Praktika an. Er denkt sich dann: Wenn du wüsstest.

100 Millionen Franken – die magische Schwelle im Bankgeschäft

Pham und Bourquenoud waren dort, wo sie gearbeitet haben, immer die Jüngsten. Sie haben sich selbstständig gemacht. Sie haben in drei Jahren etwas erreicht, wofür andere Jahrzehnte brauchen. Sie haben bei der Finma die Lizenz als Vermögensverwalter kollektiver Kapitalanlagen beantragt – und bekommen. Die sogenannte grosse Lizenz. «Man hat uns als verrückt bezeichnet. Doch wir haben von Anfang an gross gedacht», sagt Bourquenoud.

Mit der grossen Lizenz können sie mehr als 100 Millionen Franken verwalten, so etwas wie eine magische Schwelle im Bankgeschäft. Von den über 2000 in der Schweiz registrierten Vermögensverwaltern dürfen das bloss rund 270 Anbieter, unter ihnen Partners Group, Vontobel, UBS, Credit Suisse. Die Grossen. Und nun auch Alquant mit seinen sieben Mitarbeitern.

Jahrelang funktionierte die Vermögensverwaltung gleich. In aller Verkürzung: Die Menschen brachten ihr Geld auf die Bank, ein Kundenberater in Anzug und Krawatte beriet sie, dann kaufte man Aktien und Obligationen. Man stützte sich auf Analysen und Modelle, letztlich entschied aber oft das Bauchgefühl, vor allem dann, wenn es schnell gehen musste, bei Schocks und Crashes.

Im Lausanner Vorort Crissier hat Alquant seine Büros. Darin: Ein Mini-Pingpongisch.

Alquant baut auf etwas, das das Bankengeschäft seit Jahren transformiert: Daten. Und darum ist der dritte Gründer, Valentin Moullet, so wichtig. Er ist der Programmierer, der Entwickler, der für Google und Microsoft gearbeitet hat und Hemden nur für offizielle Termine trägt. Aus Protest gegen die Konformität. Als Kind besuchte er Mathematikwettbewerbe, später war er ein sehr talentierter Tennisspieler. Und als junger Erwachsener war für ihn klar: Er will nie für eine traditionelle Bank arbeiten. Auch heute legt er grossen Wert darauf, dass er dies mit Alquant nicht macht. «Wir sind ein Techunternehmen.»

Daten und Algorithmen sollen die Grundlage des Handelns sein. Es ist Moullets Bedingung, dass er mitmacht. Und so ziemlich das Gegenteil, was Bourquenoud und Pham als Praktikanten bei Banken und Hedgefonds erlebt haben. «Es ist krass, wie viel in der Branche noch immer auf dem Bauchgefühl basiert», sagt Bourquenoud. Sie wollen es besser machen. Hintergedanke ist die grosse Automatisierung. Traum eines jeden Kapitalisten.

Er spricht von Ständärds und Start-öps

Daten, Automatisierung, Digitalisierung. Es sind auch die Themen von Thomas Ankenbrand. Ein Professor für Fintech an der Hochschule Luzern, ein hemdsärmeliger Akademiker, der von Ständärds spricht und Start-öps. Ankenbrand beschäftigt sich schon ein ganzes Akademikerleben mit solchen Themen, er schrieb seine Dissertation über künstliche Intelligenz.

«Es geht im Banking nicht mehr ohne Computerkenntnisse, darum verstärken wir auch an der Hochschule diesen Bereich», sagt Ankenbrand. Eine andere Entwicklung sei, dass der Weg der Banking-Studenten nicht mehr geradeaus in eine Bank führe. Es gibt Alternativen. Zum Beispiel Fintech-Firmen. Fintech ist ein Sammelbegriff für Finanzinnovationen basierend auf Technologie.

Professor Thomas Ankenbrand hat sich intensiv mit der neuen Blockchain-Technologie auseinandergesetzt: Sie werde das Banking verändern.

Hunderte von Millionen sind in den vergangenen Jahren in Fintech-Unternehmen geflossen. Firmen, die konsequent auf die Digitalisierung setzen. Firmen auch, die schlanker und effizienter sind als Banken. Es gibt nicht wenige, die glauben, dass diese Start-ups das Bankgeschäft von morgen dominieren werden.

Verpassen die Banken den Anschluss? Sind sie zu wenig innovativ? «Ich bin mir nicht so sicher, ob eine herkömmliche Bank innovativ im Sinne neuer verrückter Produkte oder Technologien sein muss», sagt Professor Thomas Ankenbrand.

Wenn man über Innovation spreche, dann gehe es meist um Grundsätzliches: Wie löst man bestehende Probleme besser? Besser heisst in der Welt der Banken entweder günstiger oder mit einer höheren Rendite.

Ankenbrand sieht aber, wie sich in der Branche etwas verändert. Er steht in Rotkreuz ZG in einem Hörsaal und stellt die aktuelle Crypto-Asset-Studie vor. Vor ihm sitzen Banker und Studentinnen, die sich alle Du sagen. Ankenbrand berichtet, wie das Geschäft in der Schweiz mit der Blockchain wächst, wie es immer mehr Produkte gibt und wie turbulent die vergangenen Monate waren.

Allen Turbulenzen zum Trotz spürt man, wie im Hörsaal eine Überzeugung herrscht: Blockchain verändert, in aller Kürze, die Zukunft des Bankings.

Eine Zukunft, die auch einen neuen Typ von Bankern anzieht. Zum Beispiel Mathias Imbach, 39 Jahre alt, Träger eines Dokortitels. Eines seiner Lebensmottos: «Without friendly persistence, you will never succeed.» Man kann diesen Satz ziemlich risikofrei deuten. Imbach ist hartnäckig.

Er gründete die erste Digitalbank

Mathias Imbach sitzt am Fusse des Zürcher Uetlibergs in einem Sitzungszimmer. Er ist CEO und Mitgründer von Sygnum. Rund 200 Menschen arbeiten für Sygnum, gerade hat die Firma ein zweites Bürogebäude bezogen.

Sygnum ist die weltweit erste Bank für digitale Vermögenswerte. Sygnum hat 2019 eine Banklizenz von der Finma sowie eine CMS-Lizenz in Singapur erhalten. Diese Lizenz erlaubt es, mit auf der Blockchain basierenden Produkten zu handeln, reguliert und überwacht.

Sygnum-CEO Mathias Imbach war früher ein Bankenkritiker, er versuchte zwei Jahre lang ohne Bankbeziehungen zu leben – und scheiterte.

Imbach hat in seiner Firma gemerkt, wie eine neue Technologie Kapital und Talente anzieht. Pro Monat gehen bei Sygnum bis zu 2000 Bewerbungen ein. Studienabgänger, Softwareentwickler, Quereinsteiger, aber auch traditionelle Banker sind darunter.

Im Grossraumbüro von Sygnum sitzen junge bis sehr junge Menschen, Krawatten tragen sie keine, auch Anzüge sind eine Seltenheit, das Verhältnis Frau und Mann ist fast ausgeglichen. Das sieht beispielsweise auf der Etage der Investmentbanker bei der Credit Suisse ganz anders aus.

«Viele Bewerbende wollen Teil von etwas Neuem sein und zugleich einen Impact haben», sagt Imbach. Diese neue Art des Denkens sei erfrischend, manchmal aber auch anstrengend. «Es gibt sehr junge Leute, die bereits nach einem Jahr andere Leute führen wollen.»

Auch Mathias Imbach ist nicht der typische Banker. Lange sah es nicht danach aus, als würde dieser Mann einmal Banker. Imbach war einst ein fundamentaler Bankenkritiker. Er war so kritisch, dass er versuchte, ohne Bankkonto zu leben.

Imbach bezeichnet es als libertäre Phase in seinem Leben. Er empfand die Geldinstitute als wenig kundenorientiert, bürokratisch mit limitiertem Sinn für nachhaltiges Unternehmertum. Das Leben ohne Bank war schwierig. «Das ging ziemlich schlecht. Eigentlich war es gar nicht möglich.» Reisen, wohnen, alles war eingeschränkt. Nach zwei Jahren gab er auf. Sechs Jahre später führt er selbst eine Bank.

Als er seine Sygnum-Bank aufbaute, merkte er, dass er das Geschäft über Jahre nicht verstanden hatte, dass es Regelwerke braucht, dass es gute Gründe für die Existenz von Banken gibt.

Und doch sagt er: «Wir sind ein Technologieunternehmen mit Banklizenz, keine Bank mit IT-Abteilung.»

Patrizia Laeri zeigt auf den wunden Punkt der Branche

Die Blockchain-Technologie eröffnet der Branche neue Möglichkeiten. Die Digitalisierung ebenfalls. Und dann gibt es noch eine dritte Innovation im Banking. Sie kombiniert die technologischen Möglichkeiten mit gesellschaftlichen Aspekten.

Es ist das Thema der ehemaligen Wirtschaftsjournalistin Patrizia Laeri. Die Ökonomin will mehr Gleichstellung im Finanzsektor. Zusammen mit Nadine Jürgensen und Simone Züger hat sie Ende 2021 das Media-Fintech ElleXX gegründet. Es ist ihre Antwort darauf, dass Banken die Frauen lange vergessen haben.

Patrizia Laeri sagt über ihr Anlageprodukt: «Wer #MeToo-Fälle hat, fliegt raus.»

Seit 2017 trug Laeri die Idee mit sich rum und erhielt von möglichen Kapitalgebern immer eine Antwort: Frauen und Finanzen interessiert niemand. «Das zeigt das Problem der Branche. Die Frauen fühlen sich von den Banken und deren Produkten nicht angesprochen», sagt Laeri und verweist auf Studien von Blackrock und BNY Mellon. ElleXX schult Frauen in Sachen Finanzen, es hält Vorsorge-Coachings, es spricht bewusst die jüngste Generation der Frauen an. Innerhalb eines Jahres wuchs die Zahl der Followerinnen auf 30'000. Männer sind bei ElleXX mitgemeint.

Ziel ist es, dass die Menschen aus der Community Abonnenten werden und von ElleXX lancierte Produkte kaufen. Zum Beispiel NFTs oder das Tracker-Zertifikat ElleXX Gender Equality Basket, ein Korb ausgewählter Aktien. Als man sich an die Auslese machte und Kriterien bestimmte wie Frauenanteil, Lohngleichheit oder Nachhaltigkeit, schlug der Filter Firmen wie Ferrari vor («eine Machomarkte, das geht gar nicht») oder Nestlé («zu viel Plastikverschmutzung, das wollen unsere Frauen nicht»).

Die Auswahl muss zu den Werten von ElleXX passen und wird laufend überprüft. «Wer #MeToo-Fälle hat, fliegt raus», sagt Laeri. Am Ende gehe es ElleXX darum, Frauen direkt anzusprechen. Als Personen, die von aussen kämen, könne man das besser als all jene Akteure, die das schon seit Jahren machten. «Wir bringen Disruption», sagt Laeri, «zumindest für die Frauen.»

Als Pham noch auf dem Sofa des Kollegen schlief

Alquant hat seine Büros in Crissier, einem Vorort bei Lausanne. Einklemmt zwischen Autobahn und viel Industrie erhebt sich der Bürokomplex Millennium, ein Gebäude mit viel Glas an der Fassade und viel Teppich am Boden. Im zweiten Stock hat Alquant für seine sieben Angestellten die Büros, verteilt auf 60 Quadratmeter, darin Sofa, Pingpongisch und Flachbildschirm an der Wand, so etwas wie der klassische Start-up-Kit. Davor arbeiteten sie in einem garagenähnlichen Raum, Quang Pham schlief jeweils auf dem Sofa von Guillaume Bourquenoud.

Pham ist das Hirn von Alquant, Moullet der Umsetzer, Bourquenoud der Unternehmer. Der CEO von Alquant wollte schon immer eine Firma führen. Als Kind musste er viel umziehen, er hatte wenig Freunde, also sagte ihm die Mutter, leg dir doch ein Tier zu. Er fragte sich, was soll ich mit einem Tier?

Kam mit Zwergkaninchen zu einem kleinen Vermögen: Guillaume Bourquenoud, CEO von Alquant.

Bourquenoud las sich aber trotzdem in die Haustierliteratur ein und fand heraus, dass die Zwergkaninchenrasse Teddy speziell

und in der Schweiz praktisch inexistent ist. Er ging mit der Mutter nach Luxemburg, kaufte ein Weibchen und ein Männchen, baute im Garten einen Stall und fing an, mit den Tieren zu handeln. Bourquenoud war damals elf Jahre alt. Über die Jahre verkaufte er über 500 Hasen, bis zu 120 Franken pro Tier. Es war das Gründungskapital für seine erste Firma.

Pham hat an der ETH Finanzmathematik studiert. Er schrieb seine Masterarbeit über die Anwendung von Erdbeben-Frühwarnmodellen auf den Finanzmärkten. Auf diesem Wissen basiert die Anlagestrategie der Firma. Sie will Crashes an den Börsen antizipieren. Zum Beispiel anhand Indikatoren wie der Volatilität. Das ist das Mass dafür, wie nervös der Markt ist. Schlägt diese aus, ist das oftmals ein Warnsignal für einen Crash.

Wenn es kompliziert wird, greifen Bankerinnen und Banker gern zu Metaphern. Pham ist da nicht anders. Er vergleicht sein Produkt mit einer Autoversicherung, die man nur bei schlechtem Wetter abschliesst. Wenn die Sonne scheint, mache es wenig Sinn, sich zu versichern, das sei sehr wahrscheinlich verschwendetes Geld. Komme aber ein Sturm auf und sei die Sicht schlecht, dann könne das sehr viel bringen. Und genau das machten seine Indikatoren: Sie zeigen schlechtes Wetter an.

Anfangs wollte niemand etwas von der Idee des Trios wissen. Die Jungen wurden nicht ernst genommen. Warum auch, die Aktienkurse kannten nur eine Richtung: nach oben. Doch dann kam Corona.

Bereits im Januar 2020 zeigten die Indikatoren Turbulenzen an, Pham und Bourquenoud riefen persönlich potenzielle Kunden an und warnten sie. Und tatsächlich, Tage später stürzten die Märkte ab, so wie sie es vorausgesagt hatten. Danach kamen die Investoren – und mit ihnen das Geld. Und weil Softwareentwickler Moullet die Informationen derart elegant aufbereitet, haben andere Vermögensverwalter angefragt, ob sie die Software kaufen können.

Sygnum ist fast eine Milliarde wert

Noch euphorischer sind die Investorinnen und Investoren bei Sygnum, der Kryptobank von Mathias Imbach. Sygnum verwaltet heute rund zwei Milliarden Franken an Vermögen. Sie hat zudem 200 Millionen Dollar an Risikokapital gesammelt, der geschätzte Unternehmenswert ist auf knapp 800 Millionen angewachsen.

Vergangenes Jahr gab es profitable Monate, doch man hat sich bewusst dazu entschieden, weiter zu investieren und die Technologieplattform weiter auszubauen (und damit auch Verluste zu schreiben).

Bei der Blockchain-Technologie ist oft von einer Demokratisierung des Finanzmarktes die Rede. Bei Sygnum trifft das nur bedingt zu. Die Bank nimmt nur institutionelle Kunden an wie Banken oder besonders reiche Menschen. Diese können über die Bank Kryptoprodukte handeln. Zum Beispiel hat die Bank teure Weine oder das Picasso-Gemälde «Fillette au béret» tokenisiert. Das heisst, das rund vier Millionen Franken teure Bild wurde digital in 4000 Token zerstückelt und dann handelbar gemacht.

Sygnum-CEO Mathias Imbach kennt das Zauberwort der Bankenbranche: Vertrauen.

Das war ein PR-Coup, die mediale Aufmerksamkeit gross. Imbach nennt es einen Anfang. Im Kleinen heisst dies: Künftig können Firmen ihre eigenen Aktien – oder reale Werte, die sie besitzen – auch tokenisieren. Und im Grossen: die Verschmelzung der digitalen und der realen Welt. «Wir glauben daran», sagt Imbach. Darum hat die Bank Ende September die erste Schweizer «Bankfiliale» im virtuellen Metaverse eröffnet.

Imbach, der ehemalige Libertäre, hat eine Lernkurve hinter sich. Er denkt heute anders über das Banking. «Beim Geld geht es immer ums Vertrauen. Auch wir verkaufen Vertrauen», sagt er. Das Etikett der Banklizenz gebe Glaubwürdigkeit, gerade bei einem revolutionären Gebilde wie der Blockchain. Das sei nötig. Darum glaube er nicht, dass herkömmliche Banken verschwinden würden. Vielmehr komme es zu einem verstärkten Zusammenarbeiten zwischen den traditionellen und den neuen Akteuren.

Auch Alquant hat erfahren, wie wichtig das Vertrauen ist. Das vergangene Jahr war zäh. Die Börsenabstürze machten potenzielle Investorinnen und Investoren skeptisch. Bis sie Alquant ihr Geld anvertrauen, vergehen manchmal bis zu zwölf Monate. Das Vertrauen müsse man sich erarbeiten, sagt Quang Pham. Zum Beispiel in Form von Renditen. Seit Mai hat ihr Fonds über drei Prozent besser performt als der Markt. «Zufriedenstellend», sagt er. Es könnte aber auch besser sein.

«Früher gingen die meisten nach dem Studium ins Investmentbanking, heute gehen sie in die Beratung.»

Pham und seine Kollegen haben sich auf einen längeren Weg eingestellt und leben dafür den Lebensstil klassischer Start-up-Gründer. Dazu gehören lange Arbeitstage und Monatslöhne im mittleren vierstelligen Bereich, für die andere Banker nur ein müdes Lächeln übrig haben. Pham kennt das. Als er für einen Hedgefund arbeitete, verdiente er fast das Dreifache. Doch er wollte das nicht mehr. «Etwas Eigenes zu machen, ist schon sehr befriedigend.» Ganz im Gegensatz zur einstigen Arbeit im M&A (Fusionen und Unternehmenskäufe), die Pham als «eintöniges Krüppeln für ein Salär» bezeichnet. «Und man fühlt von der Bank auch nicht eine super Wertschätzung.»

Das ist auch in Vitznau zu spüren, am Ehemaligentreffen der Zürcher Wirtschaftsstudenten. Der Abend klingt aus, bei Gin Tonic und Bier. Mit der Zigarette im Mundwinkel antwortet ein Angestellter im Investmentbanking einer Grossbank auf die Frage nach seiner Jobzufriedenheit: «Geht so. Man macht es halt. Der Lohn ist gut.»

Der Ruf der Banken hat gelitten. Pham hat das auch bei seiner Generation beobachtet. Das heisst aber nicht unbedingt, dass er und seine Kollegen deswegen Abstriche machen wollen. «Früher gingen die meisten nach dem Studium ins Investmentbanking, heute gehen sie in die Beratung.» Dort ist der Verdienst ähnlich hoch, doch man reist mehr, trifft Kunden, es ist abwechslungsreicher.

«Irgendwann können auch wir uns einen guten Lohn auszahlen», sagt Pham. Was wäre ein guter Monatslohn? Er überlegt lange. Dann sagt er: 10'000 Franken.

Russland

Zensur des Ukraine-Kriegs: Wie die letzten freien Medien aus Russland verschwinden

Moskau kappt den Zugang zu zwei der wichtigsten regierungskritischen Medien Russlands –und geht immer härter gegen jene vor, die vom Krieg berichten. Über Kreml-Propaganda und verbotene Begriffe.

Frank Nienhuysen

«Überprüfen Sie den Anschluss im Internet»: Seit dem Ukraine-Krieg kann man den unabhängigen russischen Internet-TV-Sender Doschd von Russland aus nicht mehr erreichen.

Es ist interessant, den Vorgang der Zensur live zu erleben. Die Blockade von Informationen über den Krieg in der Ukraine, der in Russland aber nicht so heissen darf.

Dazu hilft ein Telefongespräch mit einer Bekannten in Moskau. Auf dem eigenen Schirm läuft der Internet-Fernsehsender Doschd. Das Thema: «Was gerade in Lwiw geschieht», in Lemberg also, im Westen der Ukraine.

Zu sehen ist ein Gespräch des Studiomodierators mit einer Frau, die gerade in Lwiw ist, braune lange Haare, verheulte Augen, Stöpsel in den Ohren. Dann eine kleine Schalte zum Bahnhof. Dicht gedrängte Menschen sind zu sehen, Ukrainerinnen, die weinen, von Explosionen erzählen, «wie schrecklich alles ist». Die Bekannte in Moskau sagt am Telefon: «Ich sehe nichts.»

Verboten sind die Begriffe «Invasion», «Angriff», «Kriegserklärung»

Das heisst, sie sieht einen weissen Hintergrund und in grossen schwarzen Buchstaben die Worte: «Überprüfen Sie den Anschluss im Internet.» Auf der Seite des Radiosenders Echo Moskwy (Echo Moskaus) sieht man von München aus wiederum den ewig wuschelköpfigen, ergrauten Mitinhaber und Chefredakteur Alexej Wenediktow. Und dass er «kategorisch» die Anschuldigungen des russischen Generalstaatsanwaltes zurückweist, «die beleidigend sind für alle Journalisten in Russland». Er schreibt von einer «Einführung der Zensur», die in der russischen Verfassung verboten sei.

Auch ein Blog der Politologin Jekaterina Schulmann ist zu lesen, Nachrichtensplitter über die grosse Zuversicht der ukrainischen Bevölkerung, aber auch ein Bulletin des russischen Verteidigungsministeriums. Und ein sehr knappes Statement von Kremisprecher Dmitrij Peskow. Dass Wladimir Putin über die Entscheidung zu Echo Moskwy im Bilde sei, der Kreml aber derzeit keinen Kommentar abgebe. Die Bekannte in Moskau sieht nichts. Ausser: «Kein Zugang, keine Verbindung».

Der russische Staat geht schon seit Langem gegen unabhängige, liberale und kritische Medien vor. Nun, im Krieg gegen die Ukraine, sieht er erst recht keinen Grund, zimperlich zu sein. Am Dienstag schloss die Medienaufsichtsbehörde Roskomsnadzor auf Antrag der Generalstaatsanwaltschaft den Zugang zu den zwei bekanntesten verbliebenen regierungskritischen Medien: Doschd

(auf Deutsch Regen) und den Radiosender Echo Moskwy. Die Behörden werfen ihnen vor, wissentlich falsche Informationen verbreitet zu haben. Verboten sind neuerdings etwa die Begriffe «Invasion», «Angriff», «Kriegserklärung». Die russische Führung besteht darauf, dass der Krieg offiziell eine «spezielle Militäroperation» sei. Auch falsche Angaben über den Beschuss von Städten, über Opferzahlen sind nicht erlaubt. Und der Einmarsch in die sogenannten «Volksrepubliken» im ostukrainischen Donbass ist eine «Friedensmission». Die Behörden haben also alle Hebel in der Hand.

Die russische Plattform Medusa musste sich als «Ausländischer Agent» registrieren

Doschd und Echo Moskwy sind die beliebtesten der frisch betroffenen russischen Medien, aber es gibt seit Kriegsbeginn noch weitere, und das ist ja erst knapp eine Woche her. Das russischsprachige Magazin The New Times/Nowoje Wremja, die Regionalausgaben Taiga.info und Krim.Realii, die Studentenausgabe Docha und Nastojaschtschije Wremja. Die russische Nachrichtenplattform Meduza, die sich offiziell von den Justizbehörden als «Ausländischer Agent» registrieren musste, stellte all deren Logos in einem bunten Schaubild zusammen.

In Russland ist das Entsetzen gross. Für den Kreml gefährliche Oppositionelle wie Alexej Nawalny sitzen im Gefängnis; Demonstrationen sind wegen des Risikos, inhaftiert zu werden, den Job zu verlieren, derzeit nur sporadisch zu sehen. Aber der liberale Teil der Gesellschaft, vor allem in den Millionenstädten Moskau und Sankt Petersburg, hat sich deshalb nicht in Luft aufgelöst. Er hört Echo Moskwy, abonniert Doschd. Das ist nun vorbei. Und es hatte so bunt und fröhlich angefangen.

Die Doschd-Gründerin Natalja Sindejewa, eine wohlhabende Frau, gab ihrem Sender 2010 den Beinamen «Optimistic Channel». Sie wollte etwas Frischluft in die russischen Medien bringen, dachte an Lifestyle, von dem Moskau jede Menge zu bieten hat, und wählte die Erkennungsfarbe Pink. Doschd zog gegenüber dem Kreml, am gegenüberliegenden Flussufer der Moskwa in die ehemalige Schokoladenfabrik Roter Oktober. Am Studioeingang wachte die Plastik eines Lenin-Kopfes mit zerstörter Schädeldecke.

Gründerin Natascha Sindejewa hat ihren Sender zum Optimismus verpflichtet

Aber dann merkte Sindejewa, dass anders sein als Medium bedeutet, Dinge zu berichten, die staatliche Sender nicht berichten, Politiker zu Wort kommen zu lassen, denen die grossflächige Staatskonkurrenz versperrt war: Für Politiker wie Boris Nemzow, Alexej Nawalny, Wladimir Ryschkow wurde Doschd zur einzigen Chance, sich in Russland einem Millionenpublikum zu zeigen.

Aber mit dem Erfolg kam das behördliche Misstrauen. Als es im Winter 2011/2012 vor Putins Rückkehr in den Kreml in Moskau

erstmals Massenproteste Zehntausender Menschen gab, kam die Staatsanwaltschaft und stellte Doschd Fragen nach der Finanzierung. «Das ist das Signal, dass uns irgendjemand satthat», sagte Chefredakteur Michail Sygar damals. Zugleich spürte auch Echo Moskwy den neuen Wind. Chefredakteur Wenediktow wurde von Gazprom-Media, dem der Sender zu zwei Dritteln gehört, aus dem Aufsichtsrat entlassen. Und die Lage wurde nicht besser, nicht für Doschd-Chefin Sindejewa, nicht für ihren Mann, den Mitherausgeber Alexander Winokurow, und auch nicht für das russische Publikum.

Der unabhängige TV-Sender als «ausländischer Agent»: Journalisten und Journalistinnen im Newsroom von Doschd im August 2021.

Im vergangenen August wurde auch Doschd zum «ausländischen Agenten» erklärt. Für elektronische Medien ist das eine Art behördliches Fallbeil. Es schreckt Werbekunden ab, und sicher

auch den ein oder anderen Gesprächspartner. Nun also das Verbot. Auch die Twitter-Konten von Doschd und Echo Moskwy sollen geschlossen werden. Dessen Chef Wenediktow will gegen das Aus gerichtlich Einspruch einlegen, aber die Aussicht auf Erfolg dürfte gering sein. Und so ist erst mal Sendeende. Zumindest für die Menschen in Russland.

Im Ausland dagegen war am Mittwoch Natalja Sindejewa zu sehen. Sie sass im Doschd-Studio, trug ein weisses T-Shirt mit der Aufschrift «F... diese Arbeit» – F@ck this Job, so heisst auch eine Doku der russischen Regisseurin Wera Kritschewskaja über Doschd, die gerade in der ARD-Mediathek zu sehen ist. Sindejewa sagt, bei aller Unsicherheit würden sie versuchen, über Youtube und für das Ausland empfangbar zu bleiben und die Arbeit deshalb fortzusetzen. Für wie viele Stunden auch immer. Sie lachte. Also doch noch: Doschd – Optimistic Channel.

Russland

Putins innerer Zirkel: Fünf Männer haben zusammen den Krieg beschlossen

Die Invasion in die Ukraine wurde im Kreml im kleinsten Kreis geplant und gestartet. Beteiligt waren nur Männer aus dem Geheimdienst. Wer die vier Putin-Freunde sind.

Zita Affentranger

Hat in seinem Kriegskabinett alte Getreue um sich geschart: Der russische Präsident Wladimir Putin.

Russland ist als Staat ähnlich aufgebaut wie Frankreich: Es hat einen starken Präsidenten, eine Regierung und zwei Parlamentskammern. Doch wichtige Entscheide werden nicht in diesen Instanzen getroffen, sondern in einem undurchsichtigen Gremium von acht bis neun Leuten. Sie vertraten ursprünglich die wichtigsten und mächtigsten Fraktionen im Land aus Regierung, Business, Politik, Gesellschaft und Sicherheitsdiensten. Präsident Wladimir Putin hat stets zwischen diesen Clans und ihren machtpolitischen und wirtschaftlichen Interessen vermittelt, sie mitunter auch gegeneinander ausgespielt.

Dieses Gremium gibt es in der russischen Verfassung nicht. Die Gruppe tagt nie öffentlich, die Debatten lassen sich nur schwer nachvollziehen. In Anlehnung an das ähnlich geheim funktionierende System der einstigen Sowjetunion wird es oft Politbüro genannt. In den letzten Jahren, insbesondere seit der Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim 2014, hat sich das Gremium verändert. Das Big Business, darunter die bekannten Oligarchen wie Roman Abramowitsch, ist aus der Runde ausgeschieden. Das Gleiche gilt für die Ideologen, welche die gesellschaftliche Ordnung im Land steuern, und die moderatere Politzene, die ursprünglich aus dem Reformlager stammte. Auch Diplomaten wie der scheinbar mächtige Aussenminister Sergei Lawrow sind nicht einbezogen in die Diskussion und entscheiden nicht mit.

Sie sind Putin treu ergeben, Widerstand oder gar einen Putsch hat er in diesem Kreis nicht zu befürchten.

Übrig geblieben sind als Entscheidungsträger mehrere Staatsoligarchen und persönliche Freunde Putins vor allem aus dem Öl- und Baugeschäft. Die zweite Gruppe besteht aus der Fraktion von Militär und Geheimdienst, welche die letzten Jahre immer mehr Macht an sich gezogen hat. Der Entscheid, eine Invasion in der Ukraine zu starten, wurde nicht im ganzen Politbüro getroffen, sondern im kleinen Kreis. Entschieden hat Putin, so die einhellige Meinung der Experten, zusammen mit vier Männern. Sie kommen aus dem Geheimdienst und haben eine enge persönliche Beziehung zum Präsidenten, der selber aus diesen Kreisen stammt. Sie sind Putin treu ergeben, Widerstand oder gar einen Putsch hat er in diesem Kreis nicht zu befürchten. Sie bilden zusammen mit Putin das sogenannte Kriegskabinett.

Sergei Schoigu

Ein guter, alter und loyaler Freund des Präsidenten: Verteidigungsminister Sergei Schoigu.

Der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu ist Ingenieur und stammt als einziger des inneren Zirkels ursprünglich weder aus dem Geheimdienst noch aus dem Militär. Er war bereits Anfang der 90er-Jahre unter Präsident Boris Jelzin Minister für Katastrophenschutz. Er ist im Volk sehr beliebt, zumindest bisher, er gilt als beherzter und bescheidener Macher. Vor der Verfassungsänderung, die Putins Amtszeit erweitert, galt Schoigu als möglicher Nachfolger des Präsidenten. Er und Putin sind alte Freunde, fahren gern zusammen in seine sibirische Heimat zum Jagen und Pilzesammeln. Dieses Vertrauensverhältnis dürfte der Grund dafür gewesen sein, dass Putin Schoigu vor zehn Jahren zum Verteidigungsminister ernannt hat. Der 66-Jährige war damit verantwortlich für die Armeereform, neben dem Militär beaufsichtigt er auch den militärischen Geheimdienst.

Der Verteidigungsminister ist dauernd im Fernsehen zu sehen, sprechen tut er allerdings wenig, oft brummt er nur vor sich hin. Der Westen habe Russland «zerstören und versklaven» wollen, sagte er einmal in einem der wenigen Interviews, deshalb brauche das Land eine starke Armee. Er wirft dem Westen vor, hybride Kriege gegen Russlands Interessen zu führen. Die Annexion der Krim 2014 nannte er eine Aktion für den Erhalt des Friedens, er war der Mann, der damals die «grünen Männer», das heisst Soldaten ohne Abzeichen, auf die ukrainische Halbinsel schickte. Die Invasion in der Ukraine rechtfertigt er damit, dass er Russland beschützen müsse. Schoigu ist seit dem Überfall auf das Nachbarland auf der westlichen Sanktionsliste.

Alexander Bortnikow

Laut Experten ist er das rächende Schwert des Präsidenten: Alexander Bortnikow, Chef des Inlandsgeheimdienstes FSB.

Alexander Bortnikow ist der Chef des Inlandsgeheimdienstes FSB und verfügt damit über eine riesige Befehlsgewalt von Überwachung, insbesondere auch der Opposition, über den Grenzschutz bis hin zur Terrorbekämpfung. Der 70-Jährige ist im Geheimdienst gross geworden, er arbeitete lange in Petersburg, wo er offenbar auch Putin kennen gelernt hat. Die beiden kennen sich seit Jahrzehnten. Er ist dem Präsidenten gegenüber loyal, sie stehen sich nahe, gehen wie Putin und Schoigu zusammen jagen in Sibirien. Russische Beobachter sagen, Bortnikow sei das rächende Schwert des Präsidenten. Ein Bericht bezeichnet ihn als Gehirn und Herz des Putin-Regimes, als einen Staat im Staat.

Bortnikow soll 2006 in die Vergiftung des abtrünnigen russischen Geheimdienstmannes Alexander Litwinenko in London verwickelt gewesen sein. Für den Giftanschlag auf Oppositionschef Alexei Nawalny vorletzten Sommer steht er auf der Sanktionsliste. In Russland erregte er Ärger mit dem Statement, dass ein grosser Teil der Opfer Stalins nicht von ungefähr verhaftet worden sei, sondern weil sie schuldig

gewesen seien. Bortnikow gilt manchen als einer der reichsten Männer Russlands, obwohl er wegen der Annexion der Krim bereits 2014 sanktioniert wurde, wegen der Invasion in der Ukraine steht er nun erneut auf der Liste. Sein Sohn Denis ist heute ebenfalls sanktioniert, er sitzt in der Führungsetage einer Petersburger Bank.

Nikolai Patruschew

Er klagt, der Westen wolle Russland «fremde Werte» aufzwingen: Nikolai Patruschew, Chef des russischen Sicherheitsrats.

Nikolai Patruschew ist Chef des Sicherheitsrats, zuvor war er neun Jahre Chef des Inlandsgeheimdienstes FSB. Der 70-jährige kennt Putin seit Jahrzehnten und gilt heute als der Falke unter den Falken. Ein undeklariertes Kampf oder auch ein Krieg Russlands mit dem Westen, der seinem Land «fremde Werte» aufzwingen wolle, hat für ihn lange vor dem Ukraine-Krieg begonnen.

Patruschew ist fest überzeugt, dass Europäer und vor allem die Amerikaner Russland vernichten wollen, die Ukraine betrachtet er als Protektorat des Westens. Die längst beschlossene Invasion hat er praktisch bis zum Schluss bestritten. «Sie sagen zurzeit, dass Russland die Ukraine bedroht – das ist völlig lächerlich», erklärte er noch Ende Januar. «Wir wollen keinen Krieg, und wir brauchen das überhaupt nicht.» Es sei viel mehr der Westen, so die Logik, der versuche, eine Eskalation mit Hilfe aus Kiew zu erzwingen. Die Revolution von 2014 in der Ukraine, die zum Abgang des eher russlandfreundlichen Präsidenten Wiktor Janukowitsch geführt hat, sei von den USA gestartet und finanziert worden, sagt er.

Patruschew habe die Ermordung des abtrünnigen Litwinenko durch radioaktives Polonium befohlen haben, sagt ein britisches Gericht. Chef des Sicherheitsrats, der im Gegensatz zu seinem Vorsitzenden nicht an der Entscheidungsfindung beteiligt ist, betrachtet Oppositionelle grundsätzlich als ausländische

Agenten. Patruschew kam 2014, 2018 und nun 2022 unter Sanktionen. Sein Sohn Dmitri ist neu ebenfalls auf der Liste, er ist Minister für Landwirtschaft.

Sergei Naryschkin

Er behauptet, der Westen habe Oppositionschef Alexei Nawalny selber vergiftet: Sergei Naryschkin, Chef des russischen Auslandsgeheimdienstes.

Sergei Naryschkin ist der Chef des russischen Auslandsgeheimdienstes SWR. Er arbeitete in den 90er-Jahren zusammen mit Putin in Petersburg. Der loyale Gefolgsmann wechselte dann mit ihm nach Moskau und wurde nach Putins Machtantritt Minister und Parlamentspräsident. Manche sahen ihn als potenziellen Nachfolger des Präsidenten. Naryschkin ist stramm antiwestlich. In einem Interview sagte er unlängst, die «liberale Ideologie» des Westens «widerspreche der Natur des Menschen».

Poor guy nearly peed his pants. And that's not some junior minister, he's Russian spy chief Sergey Naryshkin. pic.twitter.com/cVksxNfLhv— bawalsakti™ (@bawalsakti) February 24, 2022

Er behauptet, der Westen habe Kremlkritiker Alexei Nawalny selber mit dem Nervengift Nowitschok vergiftet oder zumindest die Blutproben verfälscht, um den Mord dann Russland in die Schuhe zu schieben. Ziel der Aktion sei ein Regimewechsel in Moskau gewesen. Die amerikanischen Warnungen vor einer russischen Invasion in der Ukraine bezeichnete der 67-jährige wochenlang als «böswillige Propaganda» der USA. Die gewählte ukrainische Führung betrachtet er als «Naziregime». Seit 2014 steht er wegen der Annexion der Krim auf der Sanktionsliste, nun erneut wegen der Ukraine. Einer seiner Söhne soll ein goldenes Visum aus Ungarn besitzen und sich zumindest bislang frei im Schengen-Raum bewegen können.

Ukraine

Interview mit Tobias Straumann: «Europa ist noch immer ein Protektorat der USA»

Der bekannte Wirtschaftshistoriker erklärt, weshalb Putin Europa nicht ernst nimmt, was die Neutralität für die Schweiz heute noch bedeutet und was wir vom Generalstreik 1918 lernen können.

Rico Bandle

«Putin will nicht zum Pudel von Xi Jinping werden»: Wirtschaftshistoriker Tobias Straumann.

Es herrscht Krieg in Europa – und die ganze Welt ist durch die geopolitischen und wirtschaftlichen Verwerfungen betroffen. Besonders auch die Schweiz: als Drehscheibe für Rohstoffe und durch ihre Rolle als neutrales Land. Wirtschaftshistoriker Tobias Straumann hat über die Geschichte Osteuropas geforscht und ordnet die aktuellen Ereignisse ein.

Es gab sehr viele Anzeichen, dass Russland Ernst machen wird mit der Invasion der Ukraine. Trotzdem waren am Donnerstagmorgen alle über den Einmarsch überrascht. Weshalb?

Weil es so etwas seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa nicht mehr gegeben hat. Schon die Annexion der Krim war ein schwerer Bruch des Völkerrechts. Immerhin handelte es sich da aber nur um einen Teil des Landes. Dass Putin irgendwann auch den Osten der Ukraine angreift, damit haben viele gerechnet – dass er aber das ganze Land einnimmt, lag ausserhalb des Vorstellungsvermögens der meisten Menschen.

Weil wir in Europa seit 70 Jahren keinen grösseren Krieg mehr erlebt haben, mit Ausnahme des Balkans?

Der Jugoslawienkrieg war ein Bürgerkrieg. Dass aber ein Land heute noch ein anderes einfach erobert, war für viele undenkbar. Zumal es sich um eine riesige Fläche handelt: Die Ukraine hat 40 Millionen Einwohner und ist fast doppelt so gross wie Deutschland. Selbst für eine russische Armee ist es ein grosses Risiko, das alles einzunehmen und vor allem: es dann auch längerfristig zu kontrollieren.

Russland hat sich wirtschaftlich hervorragend auf den Krieg vorbereitet: Die Staatsverschuldung wurde in den letzten zehn Jahren massiv abgebaut, und man hat enorme Reserven angelegt.

Das erinnert an die Finanzkrise in Ostasien Ende der 1990er-Jahre. Länder wie Indonesien, Malaysia oder Südkorea haben in der Folge enorme Währungsreserven angehäuft, um nicht mehr abhängig zu sein vom Internationalen Währungsfonds. Putin hat dasselbe gemacht. Dank den grossen Reserven kann er besser mit den Sanktionen umgehen.

Im Vorfeld der Angriffe wurden oft Analogien zum Kalten Krieg gemacht: Damals war Russland, beziehungsweise

die Sowjetunion, eine ständige Bedrohung.

Der Vergleich ist nicht ganz passend. Kalter Krieg bedeutet, dass wir eine Systemkonkurrenz haben von einigermassen ebenbürtigen Gegnern. Zwischen der Sowjetunion und den USA war dies lange Zeit der Fall. Das kommunistische Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell hatte eine grosse Anziehungskraft, gerade auch in Drittweltländern. Beim heutigen Russland ist das überhaupt nicht der Fall.

Russland ist wirtschaftlich zu unbedeutend.

Genau. Wenn man von einem neuen Kalten Krieg reden will, dann trifft das eher auf die Beziehung zwischen China und den USA zu. Allerdings ist die wirtschaftliche Verflechtung der beiden Länder viel stärker, als sie das zwischen der Sowjetunion und dem Westen je war. Dies macht die Hürden für einen Konflikt höher.

China stellt sich nun auf die Seite Russlands. Eine Allianz gegen den Westen?

Nein. Die beiden Länder schliessen zwar situativ taktische Bündnisse, von einer strategischen Allianz würde ich aber nicht reden. China ist viel zu mächtig für Russland. Putin will nicht zum Pudel von Xi Jinping werden.

Was im Vorfeld des Militärschlags auffiel: Russlands Präsident Wladimir Putin schien nur die USA als Gegenüber ernst zu nehmen, die westeuropäischen Länder nicht.

In dieser Hinsicht hat sich seit 1945 tatsächlich kaum etwas geändert. In den 1990er-Jahren, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, hatten die westeuropäischen Länder das Gefühl, sie könnten abrüsten und das gesparte Geld – die «Friedensdividende» – in den Sozialstaat stecken. Auch in der Schweiz gab es diese Vorstellung. Dadurch hat sich die europäische Bedeutungslosigkeit noch verstärkt. Aber Achtung: Die Länder in der Nähe zu Russland, Finnland zum Beispiel, haben bei der Abrüstung nicht mitgemacht. Die hatten immer einen viel realistischeren Blick.

«Wir müssen aufpassen, dass wir uns bei den Sanktionen nicht ins Abseits manövrieren.»

Russland empfindet Europa hauptsächlich wegen der fehlenden militärischen Schlagkraft als schwach?

Nicht nur. Schon in den 1950er-Jahren gab es Pläne für eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Das kam nie zustande,

obschon man seither immer wieder darüber redet. Das andere ist die Architektur der EU.

Die Mitgliedsstaaten verfolgen oft unterschiedliche Interessen.

Deutschland will Gas von Russland, Polen wiederum nimmt Russland seit Jahrzehnten als Bedrohung wahr. Das Wort von Ex-US-Aussenminister Henry Kissinger gilt noch immer: «What's the telephone number of Europe?» In aussenpolitischer Hinsicht ist Europa auch 77 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs noch immer ein Protektorat der USA, das zeigt sich jetzt wieder sehr deutlich.

Immer bei solchen Konflikten kommt in der Schweiz die Frage nach der Neutralität auf. Ist diese heute noch von Belang?

Ich finde schon. Die Schweiz kann dadurch als Vermittlerin auftreten und sich als Ort für Verhandlungen zur Verfügung stellen. Aber die Zeit, in der wir uns einfach abkoppeln können, ist vorbei. Wir müssen aufpassen, dass wir uns bei den Sanktionen nicht ins Abseits manövrieren.

Die Schweiz kann sich also nicht mehr wie früher um die Sanktionen drücken?

Wenn die Sanktionen von der UNO verordnet sind, geht das seit dem Beitritt nicht mehr. Beim aktuellen Konflikt spielt die UNO keine Rolle, da Russland mit seinem Vetorecht ohnehin alle Sanktionen blockieren wird. Aber die USA werden Druck machen: Wer bei den Sanktionen nicht mitmacht, droht selber sanktioniert zu werden. Ich sehe den Grund nicht, weshalb die Schweiz die internationalen Sanktionen nicht jetzt schon vollständig übernimmt.

Was bringt die Neutralität in diesem Fall noch?

Es ist wichtig, dass nicht alle Länder im selben Club sind. Die Schweiz ist ja nicht allein: Schweden und Finnland sind nicht in der Nato, Norwegen nicht in der EU und auch innerhalb der EU existiert eine gewisse Heterogenität, zum Beispiel bei der Währungsunion. Aber die Neutralität gilt nie absolut. Schon während des Kalten Kriegs war immer klar, dass die Schweiz trotz ihrer Neutralität quasi zum westlichen Bündnis gehörte und auf den Schutzschild der Nato und der Amerikaner zählen konnte.

«Nicht alle Russen in der Schweiz stehen Putin nahe. Einige sind gerade deshalb in die Schweiz gekommen, um unabhängig vom Kreml zu sein.»

Oft wird gesagt, die Schweiz müsse klar Stellung beziehen. Interessiert sich in Russland jemand dafür, wenn die Schweiz die Invasion verurteilt?

Ich denke schon. Die Beziehungen zwischen der Schweiz und Russland sind eng. Im Moment hat die Schweiz aber wenig Spielraum. Der Westen erwartet, dass sich auch die neutralen Länder in Europa dem Sanktionsregime anschliessen.

Jahrzehntelang konnte sich die Schweiz auf ihre Sonderstellung berufen. Sind diese Zeiten endgültig vorbei?

Im Kalten Krieg waren die Grossmächte froh um das kleine, zentral gelegene Land, das nirgends dabei war – und haben deshalb die Schweiz weitgehend machen lassen. Das ist tatsächlich vorbei. Schon in den 1980er-Jahren drückten die Amerikaner die Insiderstrafnorm durch, in den 90ern machten sie Druck wegen der nachrichtenlosen Vermögen, dann zerschlugen sie das Bankgeheimnis. Irgendwann war allen klar: Die Amerikaner akzeptieren den Sonderfall Schweiz nicht mehr in seiner früheren Form.

Das heisst, die Schweiz wird auch wegen des Hauptsitzes von Nord Stream 2 unter Druck geraten?

Wahrscheinlich schon. Nicht nur wegen Nord Stream 2, sondern auch wegen der anderen russischen Rohstofffirmen. Das wird Genf, Zug und Lugano treffen. Die Schwierigkeit dabei ist: Nicht alle Russen in der Schweiz stehen Putin nahe. Einige sind gerade deshalb in die Schweiz gekommen, um unabhängig vom Kreml zu sein. Diese Gruppen auseinanderzuhalten, wird eine Herausforderung.

«Dass Putin das ganze Land einnimmt, lag ausserhalb des Vorstellungsvermögens der meisten Menschen», sagt Tobias Straumann.

Die Schweiz steht zurzeit auch wegen der Enthüllungen um die Suisse Secrets unter Druck. Die Credit Suisse soll das Geld von Diktatoren versteckt haben.

Die Schweiz hat vor zehn Jahren mit dem automatischen Informationsaustausch begonnen, da ist klar, dass noch nicht ganz alles bewältigt ist. Aber man ist schon ziemlich weit. Auch bei der Bekämpfung der Geldwäscherei ist die Schweiz kein Sonderfall mehr. Die meisten Suisse-Secrets-Fälle betreffen die Vergangenheit. Mich beunruhigt etwas ganz anderes.

Was?

Dass ein solcher Datenleak möglich ist. Als Kunde bei der Credit Suisse wäre ich beunruhigt.

War es tatsächlich ein Leak, oder steht ein Geheimdienst dahinter?

Keine Ahnung. Für eine Bank ist es auf jeden Fall negativ, wenn Kundendaten an die Öffentlichkeit kommen. Auch in Deutschland oder den USA darf man im Übrigen nicht einfach Bankdaten publizieren, da wurde nicht das spezifisch schweizerische Bankgeheimnis geknackt.

«Dass das Bankgeheimnis für krumme Geschäfte mit ausländischen Kunden ausgenützt wird, war schon früher nicht akzeptiert.»

Die Banken und die Grosskonzerne haben den Rückhalt bei der Bevölkerung verloren, das zeigen die vergangenen Abstimmungen. Was lief schief?

Bei den Banken war die Finanzkrise ein Wendepunkt. Schon in den Jahren zuvor waren die exorbitanten Managerlöhne und die zu tiefen Kapitalpuffer ein grosses Thema. Die Banker aber sagten immer: «Wir haben die Boni verdient, wir haben alles im Griff.» In der Finanzkrise aber sah man, dass sie doch einiges nicht mehr im Griff gehabt hatten. Die UBS musste vom Staat unterstützt werden, die CS fast.

Das Bankgeheimnis galt lange als unantastbar, als heilige Kuh.

Das wird immer so gesagt, daran zweifle ich aber. Der Chiasso-Skandal 1977 löste grosse Empörung aus. Dass das Bankgeheimnis für krumme Geschäfte mit ausländischen Kunden ausgenützt wird, war schon damals nicht akzeptiert.

Sie haben eben ein Buch veröffentlicht über den Landesstreik 1918. Weshalb muss uns dieser noch interessieren?

Der Landesstreik gehört zu den wichtigsten Ereignissen der modernen Schweizer Geschichte. Über die genauen Ursachen wissen wir vieles, aber noch längst nicht alles.

Im Buch erklären Sie, dass die Situation deshalb eskalierte, weil die Sozialdemokratische Partei nicht in der Regierung eingebunden war. Dies habe zu einer Radikalisierung geführt.

Genau. Martin A. Senn und ich haben die Schweiz mit anderen neutralen Kleinstaaten im Ersten Weltkrieg verglichen. Dabei ist uns aufgefallen: Die Versorgungslage und die innenpolitische Lage waren am Ende des Kriegs im Herbst 1918 überall angespannt, aber nicht überall kam es zu einer politischen Radikalisierung der Linken. Unsere Erklärung: Dänemark, Schweden und die Niederlande haben die Sozialdemokraten ab 1916/17 an der Macht beteiligt, Norwegen und die Schweiz hingegen nicht.

«Bei Debatten um die Schweizer Geschichte geht es seit 20 Jahren meist darum, auf welcher Seite man steht. Der intellektuelle Wettstreit kommt zu kurz.»

Die Aufarbeitung des Landesstreiks ist bis heute politisch stark aufgeladen: Die Linke findet, die Bürgerlichen hätten mit dem Militär einen berechtigten Arbeiteraufstand brutal niedergeschlagen; die Rechte sagt, man habe heldenhaft eine sozialistische Revolution verhindert.

Genau deshalb versuchen wir durch den internationalen Vergleich die Erforschung des Themas zu entpolitisieren. Leider ist eine sachliche Debatte über die Schweizer Geschichte fast nicht mehr möglich. Alles wird verpolitisiert. In diesem Fall sind es hauptsächlich die linken Historiker, die eine interessante Diskussion verhindern, indem sie Leuten, die eine andere Sichtweise vertreten, moralisch fragwürdige Aussagen unterstellen. So kommt man nicht weiter.

Sie machen sich damit keine Freunde bei Ihren Berufskollegen.

Aber es ist doch so: Bei Debatten um die Schweizer Geschichte geht es seit 20 Jahren meist darum, auf welcher Seite man steht. Der intellektuelle Wettstreit um die besten Argumente kommt zu kurz. Wir haben deshalb ein Qualitätsproblem.

Es ist doch normal, dass die Geschichte je nach politischer Ausrichtung unterschiedlich interpretiert wird.

Dass die SVP oder die SP historische Ereignisse instrumentalisieren, ist für mich völlig in Ordnung. Das gehört zum politischen Kampf. Ich rede von der akademischen Debatte. Wir sind von der öffentlichen Hand bezahlt, um Forschung zu betreiben, und nicht, um eine politische Agenda voranzubringen.

Zurück zum Landesstreik: Ist es nicht eine banale Erkenntnis, dass die Lage dann eskaliert, wenn man die Unzufriedenen bekämpft anstatt einbezieht?

Da haben Sie recht. Aber die Anschlussfrage ist nicht banal: Weshalb hat man dann die Sozialdemokraten nicht einbezogen, wenn das so klar war? In anderen Ländern wurde es rechtzeitig gemacht. In der Schweiz hat man es erst im Sommer 1918 gemerkt, dass es besser wäre, in Kriegszeiten alle relevanten Kräfte an der Macht zu beteiligen. Aber dann war es schon zu spät.

«Im Vergleich zu den radikalen Positionen einiger Linker von damals sind heute selbst die Jusos nur ein laues Lüftchen.»

Was war der Grund?

Anders als die liberalen Parteien in Dänemark, Schweden und den Niederlanden hatten die Schweizer Freisinnigen im Parlament eine erdrückende Mehrheit. Man gibt die Macht nicht gerne freiwillig ab – auch wenn man es im Nachhinein bitter bereut, zu lange gewartet zu haben.

Weshalb musste nach dieser Erfahrung die SP für ihren ersten Bundesrat doch noch bis 1943 warten?

Das hatte sicherlich mit dem Landesstreik zu tun. Nach dem Armee-Einsatz gegen die streikenden Arbeiter war die SP sehr schlecht auf das Militär zu sprechen. Und für die Bürgerlichen war klar: Wer die Armee ablehnt, kann nicht in den Bundesrat.

Damals war die SP nicht eingebunden, hatte aber sehr hohe Wähleranteile. Heute ist es genau umgekehrt.

Da muss man aufpassen. Dass die SP verliert, liegt vor allem an der Stärke der Grünen. Wird die soziale Frage wieder wichtiger, kann sich dies rasch wieder ändern. Ich würde eher eine andere Parallele ziehen: In den grossen Städten haben heute die Linken eine erdrückende Mehrheit, fast wie einst die FDP auf Bundesebene. Sie dürfen nicht den Fehler machen, die Bürgerlichen ganz auszuschliessen.

Man hat das Gefühl, die Linke werde heute wieder radikaler, trotz Einbindung.

Flügelkämpfe zwischen Gemässigten und Radikalen sind bei den Linken eine Konstante, da es immer unterschiedliche Meinungen gibt, wie das kapitalistische System verbessert oder überwunden werden kann. Im Vergleich zu den radikalen Positionen einiger Linker von damals sind aber heute selbst die Jusos nur ein laues Lüftchen.

Martin A. Senn/Tobias Straumann: Unruhe im Kleinstaat. Der schweizerische Generalstreik von 1918 im internationalen Vergleich. Schwabe-Verlag, 257 S., ca. 39 Fr.

Russland

Leitartikel zum russischen Einmarsch: Das Ende der alten Welt hat begonnen

Wladimir Putin greift die Ukraine an allen Fronten an. Nichts gilt ihm mehr etwas – weder das Leben der ukrainischen Bevölkerung noch die Zukunft Europas und seiner eigenen Bürger.

Zita Affentranger

Kiew wurde mit Raketen beschossen: Die Bevölkerung ist der Gewalt auf Gedeih und Verderb ausgeliefert.

Der russische Präsident Wladimir Putin hat die Ukraine angegriffen – nicht ein bisschen, nein, an allen Fronten, und an allen Fronten gleichzeitig. Das ist das, was sich viele nicht vorstellen konnten, nicht weil Wladimir Putin ein Mann ist, der Rücksicht nimmt, sondern weil es ihm bisher immer darum gegangen ist, dass seine selbstherrlichen Aktionen im Ausland Russland nicht zu sehr geschadet haben.

Doch jetzt ist kein Hauch von Rationalität mehr übrig. Putin hat jede Empathie, jedes Augenmass verloren. Als wäre der Angriff auf die Ukraine nur eines seiner aussenpolitischen Experimente. Nichts gilt ihm mehr etwas – weder das Leben der Menschen in der Ukraine noch die Zukunft Europas und seiner eigenen Bürger. Der barbarische Beschuss ukrainischer Städte mit Raketen, ein Angriff auf Odessa vom Meer her, das Einrücken in der Ostukraine – damit hat Russland alle Horrorszenerien auf einmal begonnen. Die ukrainische Armee hat dem nichts entgegensetzen und die ukrainische Bevölkerung keine Chance, sich in Sicherheit zu bringen. Sie sind der Gewalt auf Gedeih und Verderb ausgeliefert.

Nach diesem schwarzen Tag wird nichts mehr so sein, wie es vorher war.

Wie weit Putin geht, wie viele Menschen für seinen Wahnsinn das Leben lassen müssen, das alles weiss man noch nicht. Schnell zu Ende gehen wird der Krieg wohl nicht. Er wolle das Land «entnazifizieren», sagt er, was für ihn bedeutet: die demokratisch gewählte Regierung in Kiew abzusetzen und wegen angeblicher «Verbrechen» in den sogenannten Volksrepubliken Luhansk und Donezk vor Gericht zu bringen. Auch «demilitarisieren» will Putin die Ukraine, die in seinen Augen vom Westen hochgerüstet worden ist und deshalb Russland bedroht. Das bedeutet wohl im Klartext: Die ukrainische Armee soll durch Luftschläge und Kämpfe am Boden faktisch vernichtet werden.

Das sind verstörende Ziele, die Putin da verkündet hat. Nach diesem schwarzen Tag wird nichts mehr so sein, wie es vorher war. Auch in Russland nicht: Wladimir Putin, der als Retter einer stolzen Nation in die Geschichte eingehen wollte, wird einen bitteren Preis für den Überfall auf die Ukraine zahlen. Doch einen noch höheren Preis wird das russische Volk zahlen, das diesen

Krieg nicht wollte. Russinnen und Russen werden auf Generationen hinaus an diesem menschenverachtenden Entscheid zu tragen haben: menschlich, finanziell und moralisch.

Die Diskussion der westlichen Staaten über harte Sanktionen wirkt nach Beginn der Invasion seltsam deplatziert und hilflos, weil sie klarmacht, dass im Moment nichts Putin stoppen kann. Die Mächtigen der Welt bis hin zu US-Präsident Joe Biden fühlen sich nicht weniger hilflos als wir alle, die zusehen müssen, wie ein einziger Mann Ukrainerinnen und Ukrainer attackiert und den ganzen Kontinent ins Unglück stösst. Wie er einer Logik folgt, die man in Europa längst überwunden glaubte. Krieg ist ein abstrakter Begriff in unserer vernetzten, modernen Welt. Nun ist sie plötzlich wieder archaisch geworden, Gewalt das Einzige, was zählt.

Laut müssen die Schweizer nicht werden, es reicht, wenn sie konsequent bleiben.

Doch gerade deshalb ist eine gemeinsame Antwort des Westens auf Putins Krieg absolut zentral. Ja, die Sanktionen, die nach der Annexion der Krim 2014 verhängt wurden, haben kaum etwas bewirkt die letzten acht Jahre. Und die Androhungen der weit schärferen Strafmassnahmen haben den Kreml nicht davon abgehalten, die Ukraine zu überfallen. Aber eine Alternative gibt es nicht in der zivilisierten Welt, wo Konflikte grundsätzlich nicht mit Gewalt gelöst werden. Die Welt muss nun mit dem wenigen zusammenstehen, was sie gegen Russland ausrichten kann. Die Botschaft kommt in Moskau nur an, wenn alle mit einer Stimme sprechen.

Auch die Schweiz darf diesmal keinen Sonderzug fahren und muss bei den Sanktionen mitmachen. Laut müssen die Schweizer dabei nicht werden, es reicht, wenn sie konsequent bleiben. Damit könnte die Schweiz vielleicht der Ukraine am meisten helfen, welche nach dem Angriff alle diplomatischen Beziehungen zu Russland abgebrochen hat. Dafür gibt es schon ein Modell: Mit Georgien hat Russland 2008 ebenfalls einen Krieg ausgefochten, allerdings nur einen kurzen. Seither spielt die Schweiz den Briefträger zwischen den zwei verfeindeten Nationen. Die Schweizer Botschaft übernimmt hinter den Kulissen einen Teil der konsularischen Aufgaben und kann behilflich sein, wenn es darum geht, wieder einen Dialog aufzubauen. Und um den werden die Ukraine und Russland nicht herumkommen – und scheinen die Gespräche heute noch so weit weg.

Die Leidtragenden sind die Menschen in der Ukraine: Familien suchen Schutz in den U-Bahn-Stationen von Kiew.

Ukraine

Sechs Antworten zu Moskaus Vorstoss: Hat Putin jetzt den Krieg begonnen?

Moskau anerkennt zwei ostukrainische Regionen. Was es das? Oder droht jetzt erst recht die Eskalation? Wir beantworten die wichtigsten Fragen.

Zita Affentranger

Russische Panzer fahren für eine Übung nach Belarus. Jetzt hat Putin «Friedenstruppen» auch in die sogenannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk geschickt. (15. Februar 2022)

Hat Russland in der Ostukraine den Krieg begonnen?

Bisher nicht. Der russische Präsident Wladimir Putin hat das Militär am Montagabend angewiesen, «Friedenstruppen» in die von der Ukraine abtrünnigen Gebiete Donezk und Luhansk zu entsenden (Lesen Sie hier den Ticker mit den neusten Entwicklungen). Die Order gelte ab sofort, noch in der Nacht wurden die ersten Truppen gesichtet. Zuvor hatte Putin der Nation in einer langen Rede erklärt, dass Russland die sogenannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk als unabhängig anerkenne, weil die Ukraine nicht an einer friedlichen Lösung für die Ostukraine interessiert sei. Er schloss mit den beiden Gebieten ein Sicherheitsabkommen und drohte Kiew, wenn die ukrainische Armee die Gefechte an der Waffenstillstandslinie nicht beende, werde dies Konsequenzen haben.

Was bedeutet der Einmarsch des russischen Militärs konkret?

Auf dem Boden ändert sich damit zunächst nicht sehr viel. Russland hat bereits seit acht Jahren Truppen und Militärgerät in den von der Ukraine abtrünnigen Gebieten. Die sogenannten Volksrepubliken werden von Russland politisch, wirtschaftlich und eben auch militärisch unterstützt, ohne Hilfe aus Russland wären sie schon lange in sich zusammengefallen. Russland hat bisher aber immer vehement bestritten, Soldaten in den Rebellengebieten stationiert zu haben. Wenn jetzt die russische Armee einrückt, ist das erst mal das offizielle Eingeständnis, dass Russland einen Teil der Ostukraine besetzt hält. Es ist sicher aber auch eine massive Verstärkung der bisherigen militärischen Positionen Russlands in der Ostukraine.

Bleibt es bei diesem Vorstoss?

Putin hat das russische Volk nicht auf einen weiteren Vorstoss über die Grenzen der «Volksrepubliken» hinaus vorbereitet. Aber natürlich steigen die Spannungen nun massiv. Ein Zusammenstoss der ukrainischen Armee mit russischen «Friedenstruppen» könnte sich schnell zu einem direkten Schlagabtausch zwischen Russland und der Ukraine ausweiten.

An der Waffenstillstandslinie zu den «Volksrepubliken» wird täglich geschossen. Beobachter registrieren derzeit Hunderte Zwischenfälle pro Tag.

Wenn nun die russische Armee in diese Scharmützel hineingezogen wird, ist die Lage brandgefährlich. In Gebieten entlang der ukrainischen Grenzen hat Russland laut US-Angaben um die 150'000 Soldaten zusammengezogen. Eine breite Invasion, wie Washington seit Wochen davor warnt, ist damit jederzeit möglich. Bisher beharrte Russland jedoch darauf, es werde keine solche Invasion geben.

Welche Auswirkungen hat das auf die massiven Spannungen zwischen Russland und dem Westen?

Russland okkupiert nach der Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim 2014 erneut ukrainisches Territorium. Niemand im Westen wird das akzeptieren, die Aktion wird deshalb massive Konsequenzen haben für Russland. Auch wenn niemand daran zweifelt, dass Moskau längst in den abtrünnigen Gebieten präsent war: Das offizielle Einrücken der russischen Armee in Gebiete, die völkerrechtlich zur Ukraine gehören, ist ein weiterer massiver Bruch des Völkerrechts durch Russland. Die Ukraine hat bereits den UNO-Sicherheitsrat angerufen.

Kommen jetzt die angekündigten Sanktionen?

Zunächst ist die Rede von «gezielten» Sanktionen. Ob Putins Schritt bereits die ganze angedrohte Skala an Strafaktionen auslöst, ist unklar. Joe Biden hat vor einem Monat davon gesprochen, dass die Strafmassnahmen auch davon abhängen würden, wie breit eine Invasion angelegt sei: Ein breites Einrücken wäre «eine Katastrophe» für Russland, sagte er, ein «geringfügiger Einfall» wäre jedoch etwas ganz anderes. In diesem Sinn dürften die ganz scharfen Massnahmen noch nicht zur Anwendung kommen wie Abkopplung vom westlichen Finanzsystem oder das Aus für die Gas-Pipeline Nord Stream 2.

Kann es noch eine diplomatische Lösung geben?

Sie ist sicher viel, viel schwieriger geworden. Das Minsker Abkommen, das zur Lösung des Ukraine-Konfliktes führen sollte, ist mit der Anerkennung und faktischen Besetzung der Rebellengebiete tot. Und Russland hat dem Westen mit dem militärischen Vorrücken in die Ostukraine klargemacht, dass man sich kaum noch um die internationalen Regeln schert, auf die der Westen pocht. Bei seiner Rede an die Nation hat Putin klar durchblicken lassen, dass die «sogenannten» westlichen Werte für ihn nicht mehr zählen.

Pandora Papers

Pandora Papers: Putins Palast, König Abdullahs Luxusvillen – und Schweizer Berater mischen mit

Treuhänder und Anwälte aus der Schweiz betreuen Tausende Offshore-Firmen – auffällig oft für Despoten und Autokraten. Das zeigt ein neues Datenleck.

Christian Brönnimann, Sylvain Besson, Svenson Cornehl, Bernhard Odehnal, Oliver Zihlmann

Fünf Tage vor Weihnachten 2017: Ein Treuhänder aus der Region von Montreux verschickt eine E-Mail mit einem Foto nach Panama. «Bitte dieses Bild auf keinem elektronischen Medium unverschlüsselt speichern», mahnt er eindringlich. Es handle sich um einen «sehr speziellen Kunden», steht in einer anderen E-Mail.

Öffnet man das Foto im Anhang, erscheint ein jordanischer Pass. Er gehört dem König des Landes: Abdullah II.

Das Passbild ist Teil eines neuen Datenlecks namens Pandora Papers, das vom internationalen Journalistenkonsortium ICIJ ausgewertet wurde. In der Schweiz war das Recherchedesk von Tamedia beteiligt. (Hier geht es zu den wichtigsten Antworten zum neuen Leck). Bereits in den Panama Papers 2016 tauchten zahlreiche «spezielle Kunden» von Schweizer Dienstleistern auf. Politikerinnen und Anwaltslobbyisten versicherten danach, man müsse die Kontrollen nicht verschärfen, es sei alles in bester Ordnung. Doch die neuen Daten zeigen jetzt etwas ganz anderes.

Im neuen Datenleck findet sich der Pass des Königs von Jordanien, Abdullah II.

Für die Schweiz ist der Fall des jordanischen Königs nämlich nur einer von vielen. Recherchen in den Pandora Papers enthüllen, wie hiesige Anwälte, Beraterinnen und Treuhänder für zahlreiche weitere Personen arbeiteten, die das Image des Schweizer Finanzplatzes beschädigen, darunter Autokraten und ihre Entourage und sogar Kriminelle, die inzwischen rechtskräftig verurteilt sind wegen Korruption und Geldwäscherei.

Im Falle des jordanischen Königs steuerten der Berater und dessen Kollegin vom Genfersee in aller Heimlichkeit mindestens 22 Briefkastenfirmen in Steueroasen, und das noch lange nach den Panama Papers.

«Besonders hohes Risiko» für die Schweiz

Für den König haben diese Firmen grosse Vorteile. Da sind zum Beispiel mehrere benachbarte Luxusvillen mit grosszügigem Umschwung im kalifornischen Malibu. Abdullah II. möchte nicht, dass sein Volk von diesen US-Villen erfährt. Also geht er in die Schweiz und lässt sich von dort aus eine Briefkastenfirma in Panama gründen, und die besitzt dann für ihn die herrschaftlichen Häuser.

In den Pandora Papers finden sich weitere Immobilien von Abdullah II. Gesamtwert laut einer Berechnung des ICIJ: rund 106 Millionen Dollar. Das ist ziemlich genau die Summe, welche allein die Schweiz in den letzten zehn Jahren für die Entwicklungshilfe in Jordanien ausgegeben hat. (Hier finden Sie alle Artikel zu den Pandora Papers in der Übersicht)

Eine der Villen des jordanischen Königs Abdullah II. in Malibu.

Wenn milliardenschwere Unternehmerinnen solche Versteckspiele machen, ist das eine Sache. Aber bei Staatsoberhäuptern wie Abdullah II. wird es heikel. Besonders die Herrscher in autokratischen Ländern haben oft direkten Zugriff auf Staatsvermögen, also auf einen Reichtum, der eigentlich ihren Bürgerinnen und Bürgern gehört. Darum gelten sie als sogenannte «politisch exponierte Personen», kurz PEP.

Wenn solche PEP Vermögen in Briefkastenfirmen verstecken, besteht also immer ein Risiko, dass öffentliche Gelder abgezweigt werden. Auch gegen das Umfeld des jordanischen Königs wurden schon Korruptionsvorwürfe laut. Wüssten die Bürger von solchen geheimen Firmen, kämen deshalb sofort Fragen auf. Etwa: Woher genau kommt denn das Geld für die Villen des Staatsoberhauptes? Und wenn alles mit rechten Dingen zugeht, warum versteckt er sie dann vor seinem Volk via Schweiz und Panama in Briefkastenfirmen?

Ein Anwalt des Königs versichert auf Anfrage des ICIJ, dass keine öffentlichen Mittel in den Kauf von dessen Immobilien flossen. Die Verwendung von Briefkastenfirmen diene ausschliesslich dem Schutz von dessen Privatsphäre und dessen Sicherheit, die wie bei anderen Staatsoberhäuptern des Nahen Ostens durch Terrorismus bedroht sei. Einige der Offshore-Firmen in den Daten existierten heute nicht mehr oder seien nicht mit dem König verbunden - welche wollte der Anwalt nicht sagen.

Woher das Geld letztlich kommt, ist in solchen Fällen schwer zu ermitteln. Das ist auch der Grund, warum der Bund solche Kunden schon 2017 als «besonders hohes Risiko» für den ganzen Schweizer Finanzplatz einstufte.

Eine Schwyzer Atemtherapeutin betreut Aserbeidschan

Die Pandora Papers bringen nun ans Licht, dass die Familien von mehr als 30 aktuellen und ehemaligen Staatsoberhäuptern solche geheimen Firmen hatten, darunter Könige, Präsidenten und Premierminister. Betroffen sind etwa der tschechische Ministerpräsident Andrej Babis und der Präsident der Ukraine, Wolodimir Selenski. Insgesamt tauchen im neuen Datenleck über 300 Politiker und Amtspersonen aus über 90 Staaten auf. (Hier geht es zum Quartett der politisch exponierten Personen.)

Das Problem: Abdullah ist bei weitem nicht der einzige dieser PEP, der aus der Schweiz heraus betreut wurde. Eine ganze Reihe dieser Hochrisikokunden hatten Schweizer Beraterinnen. Besonders ins Auge sticht da eine Frau aus der Zentralschweiz: Susanne R., Betreiberin eines Studios für Atemtherapie.

Ihre Endkunden sind keine Geringeren als die Kinder und die Entourage des autokratischen Präsidenten Aserbeidschans, Ilham Alijew. Diese Familie hat in ihrer 50-jährigen Herrschaft enorme Reichtümer angehäuft. Das Land gilt als notorisch korrupt und liegt auf dem weltweiten Korruptionsindex auf Rang 129 von 180.

Der autokratische Präsident Ilham Alijew mit Ehefrau, seinen zwei Töchtern und seinem Sohn, als dieser ungefähr 11 Jahre alt ist.

Nur dank den Pandora Papers erfahren die Bürger nun, dass die Alijews und ihre Gefährten Immobilien in London im Wert von mehreren Hundert Millionen Pfund in geheimen Briefkastenfirmen versteckten. 2009 zum Beispiel kaufte eine solche Firma eine ganze Häuserzeile im gehobenen Viertel Mayfair für 33 Millionen Pfund. Einen Monat nach dem Kauf wurde der damals erst 11-jährige Präsidentensohn Heydar Alijew Besitzer der Firma. (Lesen sie hier die Geschichte: Die Atemtherapeutin im Dienste des Autokraten)

Susanne R. betreute bis vor kurzem mehrere Dutzend solcher Offshorefirmen für die PEP aus Aserbeidschan, heute sind es noch ein paar wenige. Sie organisierte Unterschriften und Papiere, schickte diese hin und her und hielt die Firmen mit regelmässigen Gebührenzahlungen am Leben. Auch wenn sie damit viel Geld verdiente, sagt Susanne R. ganz offen, sie habe nicht gewusst, was über die Firmen genau gelaufen sei. Das abzuklären, sei «nicht mein Ding» gewesen. Eine Lücke im Schweizer Geldwäschereigesetz macht solche Dienstleistungen ohne weitere Abklärungen völlig legal.

Tausende Firmen mit Schweiz-Bezug

Schweizer Anwälte, Treuhänder und Beraterinnen spielen in der Offshore-Industrie eine zentrale Rolle. Sie haben allein bei einer grossen Kanzlei in der Karibik 7000 Offshore Firmen betreut. Auf einer Excel-Liste aus dem Datenleck von 2018 ist das etwa jede dritte Firma dieser Kanzlei.

Es gibt noch eine weitere brisante Excel-Liste. Diese hat zwar «nur» 267 Zeilen. Doch jede Zeile steht für eine Briefkastenfirma, die bei den Behörden auf den Britischen Jungferninseln unter Verdacht der Geldwäscherei oder anderer Finanzdelikte geriet. Dies im Zeitraum von 2005 bis Dezember 2016. In der Excel-Tabelle sind rund zwei Dutzend Schweizer Treuhand- und Anwaltsfirmen verzeichnet. Sie betreuten 57 der verdächtigen Offshore-Firmen.

Zu den heiklen Kunden, die auch nach 2016 von der Schweiz aus betreut wurden, gehören unter anderem mehrere inzwischen wegen Korruption verurteilte Exponenten des Milliardenkandals rund um den brasilianischen Staatskonzern Petrobras. Ausserdem der unter Korruptionsverdacht stehende ehemalige venezolanische Vize-Energieminister Nervis Villalobos oder der sanktionierte Rohstoffmagnat Dan Gertler. Dazu kommen mehrere russische Oligarchen, die vor nicht allzu langer Zeit noch Mitglieder der Regierung oder der Kreml-Administration waren.

Verschleierung als Geschäftsmodell

Wer tiefer ins Datenleck eintaucht, versteht auch, warum die hiesigen Anwältinnen und Treuhänder so beliebt sind: Sie sind auch nach dem Fall des Bankgeheimnisses und nach den Panama Papers für viele schlicht die Diskretesten der Welt. Der Schweizer Betreuer von Jordaniens König zum Beispiel wollte 2017 eine Ausnahme erwirken, damit er seinen Kunden nicht nennen muss. Und er ist nicht allein im Bemühen, die Identität der teils heiklen Kunden zu verbergen.

Ein Anwalt und langjähriger CVP-Lokalpolitiker in der Ostschweiz betreute – Stand 2018 – mindestens 150 Briefkastenfirmen. Wenn er den Namen eines seiner Kunden an die zuständige Kanzlei in Panama schicken musste, tat er das nur per Whatsapp und nur an einen Kanzleidirektor persönlich. Der durfte den Namen dann nur handschriftlich im Kundendossier vermerken, so die Anweisung des Anwalts.

Auszug aus dem Schreiben des CVP-Anwalts an die Offshorekanzlei in der Karibik.

Als der CVP-Anwalt nach den Panama Papers 2016 zahlreiche seiner Offshore-Firmenbesitzer an eine Kanzlei auf den Britischen Jungferninseln melden musste, schickte er die Namen nur auf Papier per Flugpost – und bestimmte auch noch, dass die Angaben niemals elektronisch gespeichert werden dürfen. «Sie sind verpflichtet, die Geheimhaltung für unsere Kunden aufrechtzuerhalten», mahnte er. Es gehe darum, «eine zweite «Panama Papers»-Story gar nicht erst zu ermöglichen».

Und tatsächlich lassen sich die meisten Kunden des CVP-Anwalts im neuen Datenleck nicht identifizieren. Dafür findet man manchmal heraus, was alles über diese Briefkastenfirmen lief, deren Besitzer der Schweizer Anwalt partout schützen wollte.

Für den Bau von «Putins Palast» flossen fast 50 Millionen über eine Briefkastenfirma, die von der Schweiz aus betreut wurde.

Eine der Firmen aus Belize überwies zum Beispiel schon im Jahr 2009 fast 50 Millionen Dollar für ein «grosses Bauprojekt in der Region von Novorossisk». Anfang dieses Jahres erklärte der russische Oppositionsführer Alexei Nawalny, dieses Bauprojekt sei ein milliardenteurer Palast für den russischen Präsidenten Wladimir Putin, mutmasslich bezahlt mit unrechtmässig erlangten Geldern.

Der Oppositionsführer Alexei Nawalny sitzt seit Monaten in einem russischen Straflager.

Der CVP-Anwalt bezweifelt auf Anfrage die illegale Herkunft der Gelder und schreibt, es habe zum damaligen Zeitpunkt keine Anhaltspunkte dafür gegeben, dass es sich beim Bauprojekt um einen Palast für Putin handle.

Kurz nach seinen Anschuldigungen kam Alexei Nawalny ins Straflager. Er sitzt dort noch heute, unter prekärsten Bedingungen.